

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012**Peter Geiss: Der Schatten des Volkes. Benjamin Constant und die Anfänge liberaler Repräsentationskultur im Frankreich der Restaurationszeit 1814–1830**

München: Oldenbourg Verlag 2011 (Pariser Historische Studien, Bd. 95), 368 S., ISBN 978-3-486-59704-2

Die Restaurationszeit in Frankreich von 1814 bis 1830 erfreut sich seit den 1990er Jahren auf dem allgemeinen Buchmarkt wie in den Fachwissenschaften wieder einer wachsenden Beliebtheit und Aufmerksamkeit. Besonderes Interesse findet die konstitutionell erneuerte Bourbonenmonarchie, ihre Stellung unter den Bedingungen der postrevolutionären Gesellschaft und der Versuch der Throninhaber, durch eine königliche Politik im Zeichen von „union et oubli“ ebenso wie durch die verfassungsrechtlichen Kompromisse der Charte constitutionnelle von 1814 den tiefen Dissens innerhalb der Restaurationsgesellschaft bezüglich der Französischen Revolution und ihrer Deutung zu überwinden. Dass dieser Versuch und die damit verbundenen Erfolgsaussichten der nach Frankreich zurückgekehrten und wieder an die Macht gelangten Bourbonen letztlich scheiterten, lag nicht zuletzt daran, dass sich altes und neues Frankreich bis zum revolutionären Untergang der Monarchie in den Julitagen des Jahres 1830 einander unversöhnlich gegenüberstanden. Die „Suche nach einer politischen Form, die einer durch die Französische Revolution sowohl geschaffenen als auch gespaltenen Nation inneren Frieden und Stabilität“ garantieren konnte, steht daher vorrangig im Fokus des Erkenntnisinteresses zahlreicher Studien der neueren Forschung. Gerade die Herrschaft des bourbonischen Königtums unter Ludwig XVIII. und Karl X. bietet Geschichts-, Politik- und Kulturwissenschaftlern die Möglichkeit, sich mit der langfristigen Verarbeitung der umfassenden und vor 1814/15 in hohem Tempo vollzogenen Transformationsprozesse in Frankreich zu beschäftigen und dabei der Frage nachzugehen, „inwieweit sich das Erbe von 1789 aus der Sphäre des utopiegeleiteten Experimentierens in den Bereich dauerhaft funktionsfähiger Strukturen und Praktiken überführen ließ“ (S. 22–23). Da laut den Ausführungen der beiden Frankreichexperten Gudrun Gersmann und Hubertus Kohle zu keiner Zeit „die Notwendigkeit, die Revolution und ihre Folgen bewerten zu müssen, so groß“ gewesen sei wie in jenen Jahren¹, wandten sich die Forscher in der Folge vor allem der intensiven Auseinandersetzung der Restaurationsgesellschaft mit der Revolution und ihrem napoleonischen Nachspiel zu und nahmen zugleich die Herausforderungen, vor denen die französische Politik und Gesellschaft stand, in den Blick: Etwa wie das Land einerseits den Opfern der Revolution gerecht zu werden versuchte; und inwiefern die damalige politische Öffentlichkeit andererseits wesentliche Zukunftschancen in der Bewahrung revolutionärer Errungenschaften sah.

In diesen Kontext der internationalen Frankreichforschung der letzten zwei Jahrzehnte ordnet sich auch das Buch des Bonner Historikers Peter Geiss über „Benjamin Constant und die Anfänge liberaler

¹ Vgl. dazu: Gudrun Gersmann/ Hubertus Kohle: Die Gesellschaft der Restauration und das Erbe der Revolution - zur Problemlage, in: Dies. (Hrsg.): Frankreich 1815-1830. Trauma oder Utopie? Die Gesellschaft der Restauration und das Erbe der Revolution, Stuttgart 1993, S. 7-14, hier S. 8.

Repräsentationskultur im Frankreich der Restaurationszeit" ein, eine überarbeitete Fassung seiner 2002 an der Heinrich-Heine-Universität in Düsseldorf angenommenen Dissertation, die 2011 in der Studienreihe des Deutschen Historischen Instituts in Paris erschienen ist. Allerdings handelt es sich bei der Abhandlung – und das mag man angesichts der Forschungslage in der deutschen Historiographie ein wenig bedauern² – nicht um eine moderne Biographie von Benjamin Constant (1767-1830), den „einflussreichsten Publizisten der Linksliberalen“, der nach Ansicht seiner Zeitgenossen „den konstitutionellen Liberalismus der Restaurationszeit als Staatstheoretiker und praktischer Politiker (...) geradezu idealtypisch verkörpert hat“ und dessen politischer Werdegang, beginnend in der Spätphase der Französischen Revolution und endend in der frühen Julimonarchie, untrennbar mit der Epoche zwischen den Revolutionen verbunden war. Vielmehr legt der Autor die vorliegende Arbeit als eine problemorientierte Studie zur frühliberalen Repräsentationskultur in den Jahren 1814 bis 1830 an, die Constants politischen Lebensweg als „Ariadnefaden“ nutzt, um „die Untersuchung sowohl in die Sphäre der Staatstheorie als auch in den regional und soziokulturell stark ausdifferenzierten Bereich des Basisliberalismus in der französischen Provinz“ zu führen (S. 12, 14-15 u. 21). Geiss geht es vor allem um Constants Repräsentationskonzept, mit dem sich der führende Vordenker des französischen Frühliberalismus gegen die jakobinische Revolutionsregierung und die monarchische Herrschaft Napoleon Bonapartes gleichermaßen gewandt hat und das als ein bewusster Gegenentwurf zu den unitarisch-autoritären Vertretungsformen der Französischen Revolution und der napoleonischen Zeit zu verstehen ist. Seine Idee einer pluralistisch-basisorientierten Vertretung des französischen Volkes sollte nach 1814 sowohl Constants politische Schriften als auch seine Mandatspraxis als Abgeordneter der Deputiertenkammer entscheidend prägen.

Ziel der Arbeit ist es dann auch, die „epochenspezifischen Charakteristika liberaler Repräsentation auf breiter empirischer Grundlage aufzuzeigen“. Demgemäß wird im Rahmen einer Fallstudie zu Benjamin Constant und den von ihm parlamentarisch vertretenen, sehr unterschiedlich strukturierten Departements Sarthe und Bas-Rhin – hier das überwiegend agrarisch ausgerichtete, von der Interessenlage der Großbauern beeinflusste Departement in Westfrankreich, dort das Departement im Elsass mit einem grenzüberschreitenden Handel, ersten Ansätzen industrieller Produktionsweisen und einem mächtigen Stadt- und Wirtschaftsbürgertum – die Konzeption, Funktionsweise und Leistungsfähigkeit liberaler Vertretungsformen untersucht. Dabei wird zum einen Constants Weltanschauung, Verfassungsmodell und Repräsentationskonzept umfassend dargelegt und zum anderen die Constantsche Mandatspraxis, die Interaktion und Kommunikation zwischen dem Abgeordneten und seiner politischen Basis in den beiden Departements eingehend analysiert. Liberale Repräsentationskultur wird in dem Zusammenhang „als Kontinuum von Theorie und Praxis“ verstanden, in dem Ideen und Handlungen in einem dialogischen Verhältnis zueinander stehen und sich ergänzen. Aus Sicht des Autors lassen sich entscheidende Wesensmerkmale frühliberaler Repräsentationskultur nämlich nur dann verstehen, wenn politische Vertreter und Vertretene, Deputierte und Citoyens in ihren vielfältigen Kommunikationsbeziehungen zueinander betrachtet werden und somit die Repräsentationskultur „von der Ebene der Dorfpolitik bis hin zu den handlungsleitenden Deutungsmustern der hauptstädtischen Staatstheorie in den Blick“ genommen wird (S. 15, 20 u. 25).

² Die deutsche Historik stützt sich bei der Erforschung von Constant im wesentlichen noch auf das Werk von Lothar Gall: Benjamin Constant, seine politische Vorstellungswelt und der deutsche Vormärz, Wiesbaden 1963. Vgl. auch die Studie von Karlfriedrich Herb, der das Constantsche Denken in seinen Bezügen zur aufklärerischen Tradition vorstellt: Ders.: Bürgerliche Freiheit. Politische Philosophie von Hobbes bis Constant, Freiburg/ München 1999.

Mit diesem Untersuchungsansatz – das Verhältnis von Repräsentationskonzept und Mandatspraxis zu problematisieren – verknüpft Geiss auf innovative Weise zwei in der Forschung bislang getrennt voneinander betrachtete Dimensionen des französischen Frühliberalismus und die entsprechenden methodischen Zugriffe: die vorrangig auf der Ebene des Gesamtstaates und der Verfassungstheorie beleuchtete ideen- und politikgeschichtliche Dimension und die auf Praktiken, Mentalitäten und Kommunikationsformen in den einzelnen Regionen bezogene sozial- und kulturgeschichtliche Dimension. Der Autor betritt damit wissenschaftliches Neuland, entsprechend vielfältig sind seine Anleihen bei der internationalen Frankreichforschung, und entsprechend umfangreich ist seine Kenntnis der einschlägigen Fachliteratur. Dass Geiss in seinem Werk als studierter Romanist dem deutschen Leser und Liberalismusforscher die Breite der relevanten Quellen- und Forschungsliteratur unseres Nachbarlandes eröffnet, für seine Studien sowohl die klassischen Standorte in Paris, als auch unbekanntere Institutionen der französischen und eidgenössisch-romanischen Archiv- und Bibliothekslandschaft aufgesucht, dort einige archivalische Schätze geborgen und damit eine hervorragende Quellensituation dokumentiert hat, verdient an dieser Stelle ganz besondere Erwähnung.

Die Studie gliedert sich in insgesamt drei Hauptabschnitte, wobei im ersten Abschnitt der Autor die Entstehung von Constants Verfassungs- und Vertretungsvorstellungen vor dem Hintergrund der Erfahrungen mit den republikanischen Repräsentationskonzepten der Jakobiner, der Theorie Maximilien Robespierres von der „gouvernement révolutionnaire“ und der Parlamentsdiktatur des Nationalkonvents in der radikalen Phase der Revolution wie auch mit dem monarchisch-plebiszitären Vertretungsanspruch und der Herrschaftsideologie Napoleon Bonapartes erörtert. In beiden Fällen der jakobinischen Revolutionsregierung und der napoleonischen Monarchie existierte das Konstrukt einer weitgehenden Identität von politischer Führung und „peuple“, das es möglich machte, demokratische Legitimation und zentralistisch-autoritäre Herrschaftspraxis miteinander zu verbinden. In dieser Perspektive lief Volksvertretung allein auf die Steigerung von Regierungsgewalt hinaus. Im Gegensatz dazu verstand Constant politische Repräsentation vor allem als Opposition gegen die Regierenden. So lag die Aufgabe der Repräsentanten seiner Ansicht nach darin, die Komplexität der realen Gesellschaft in allen ihren Widersprüchen in den Prozess der parlamentarischen Willensbildung zu integrieren, damit eine bestehende Interessen- und Meinungspluralität anzuerkennen und in der Folge eine politische Einheit durch parlamentarische Beratung aus diesen pluralistischen Strukturen heraus zu gewinnen. Entsprechend geht der Autor der Frage nach, wie sich „der Liberale die Realisierung eines freiheitlich-pluralistischen ‚gouvernement représentatif‘ unter den Bedingungen der konstitutionellen Monarchie vorstellte“ (S. 21). Sein weit über das liberale Lager hinaus ausstrahlendes und die politische Kultur der Restaurationszeit prägendes Verfassungsmodell von 1814, das das Bekenntnis zur monarchischen Staatsform mit den Grundprinzipien des liberalen Parlamentarismus verband und das ein konstitutionelles Königtum als „pouvoir neutre“, als eine neutrale, über den Parteiungen und Institutionen stehende Gewalt an der Staatsspitze installieren wollte, wird in dem Zusammenhang genauso intensiv beleuchtet wie seine Rolle als Staatsrat Napoleons, als er während dessen Herrschaft der „Hundert Tage“ im Jahr 1815 die Gelegenheit bekam, eine Verfassung, den „Acte additionnel aux constitutions de l'Empire“, nach seinen Vorstellungen mit zu gestalten. Ergänzend dazu werden die Wahlrechtsdebatten von 1816/17 und 1820 geschildert, in denen ein für das Verständnis frühliberaler Repräsentationskonzepte zentrales Problem fassbar wird: die Spannung zwischen der Volkssouveränität und den durch Wahlzensus eingeschränkten politischen Partizipationsmöglichkeiten. Dabei geht es um die entscheidende Frage, welcher Teil der Bevölkerung als geeignet betrachtet wurde, die Vertreter der Nation zu bestimmen.

Im zweiten Hauptteil rückt der Autor dann ein Handlungsfeld in den Mittelpunkt der Untersuchung, das ein integrales Kernelement des „gouvernement représentatif“ darstellt und aus Sicht des Liberalismus unbedingt zu einem funktionierenden Repräsentativsystem gehört: die politische Öffentlichkeit. Für Constant wirkte die öffentliche Meinung und ihr Sprachrohr, die freie Presse, als externe Beobachtungsinstanz, die die Nation bei der Kontrolle ihrer Vertreter unterstützte. Die Freiheit der Presse galt ihm als die Garantie aller anderen Freiheiten, die einen konstitutionellen Staat überhaupt ausmachten. Nach seiner Auffassung konnte sich erst durch die Herausbildung von diskursiver Öffentlichkeit eine Nation als repräsentierbare Größe konstituieren und mit ihren gewählten Vertretern in ein Kommunikationsverhältnis treten, das dem liberalen Anspruch nach alle Staatsbürger, nicht nur die Wahlberechtigten, mit einschloss. Constant setzte damit „das Repräsentativsystem ganz explizit mit einem ‚gouvernement par l’opinion publique‘“ gleich (S. 16). Daher werden in diesem Teil der Studie auch die medialen und rechtlichen Voraussetzungen politischer Öffentlichkeit, mithin die parlamentarischen Auseinandersetzungen um die Pressefreiheit eingehend beschrieben, Constants Presstheorie in Fortführung aufklärerischer Traditionen rekonstruiert, die Entwicklung des Presserechts zu Beginn der Restaurationszeit verfolgt und zu guter Letzt die Debatte über die Pressegesetze von 1819 nachgezeichnet. Im dritten Teil der Arbeit werden schließlich in den angekündigten Regionalstudien Constants Abgeordnetenmandate für das Departement Sarthe von 1819 bis 1822 und für das Departement Bas-Rhin von 1827 bis 1830 untersucht, um an diesem Beispiel eine spezifische Form der liberalen Repräsentationskultur in Frankreich heraus zu präparieren.

Fast 50 Jahre nach dem Standardwerk von Lothar Gall liegt mit der Untersuchung von Peter Geiss nun endlich wieder eine fundierte, äußerst lehr- und aufschlussreiche Studie zu Benjamin Constant in deutscher Sprache vor, die, gestützt auf den aktuellen Forschungsstand, eine erschöpfende Archiv-, Quellen- und Literaturkenntnis und eine produktive Verknüpfung theoretischer Überlegungen und methodischer Ansätze aus verschiedenen Feldern der Geschichtswissenschaft, sowohl Constants politische und staatstheoretische Vorstellungswelt und seine praktische Arbeit als Abgeordneter in der Provinz umfassend thematisiert als auch den Frühliberalismus, die Verfassungsdiskussion, die Auseinandersetzungen um die Pressefreiheit und das Repräsentativsystem in Frankreich während der Restaurationszeit ausführlich behandelt und damit einen bedeutenden Schritt über das ältere Meisterwerk hinausgeht. Geiss’ Studie bewegt sich wissenschaftlich wie sprachlich auf einem äußerst anspruchsvollen Niveau, das heißt, sie stellt keine ‚leichte Kost‘ dar und kann jedenfalls nicht sozusagen im Vorbeigehen rezipiert werden. Wer sich aber auf dieses inhalts- und gedankenvolle Werk wirklich einlässt und sich tiefergehend mit Constants politischem Denken und der liberalen Repräsentationskultur in Frankreich beschäftigen möchte, der wird mit einer Fülle neuer Erkenntnisse und Sichtweisen belohnt, und zwar sowohl zu den programmatischen Fundamenten eines transnational verwobenen, bis heute als wesentlicher Bestandteil der parlamentarischen Demokratie agierenden Liberalismus in Europa, als auch zu dem engen ideellen Zusammenhang zwischen französischer und deutscher liberaler Bewegung im frühen 19. Jahrhundert.

Dortmund/ Bochum

Birgit Bublies-Godau

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Charlotte A. Lerg: Amerika als Argument. Die deutsche Amerika-Forschung im Vormärz und ihre politische Deutung in der Revolution von 1848/49

Bielefeld: transcript Verlag, 2011, 361 S., ISBN: 978-3-8376-1670-5

Es wäre im 19. Jahrhundert ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, hätte sich ein liberales Revolutionsprojekt nicht irgendwie am Beispiel der Vereinigten Staaten von Amerika orientiert. Bei Beginn der Februar-Revolution in Paris wurde der Sitz des amerikanischen Botschafters Richard Rush – immerhin der leibhaftige Sohn eines Unterzeichners der Unabhängigkeitserklärung – zum Treffpunkt der liberalen Intellektuellen und Politiker. Mit Alexis de Tocqueville wurde am Ende gar der Autor zum Außenminister, dem man die wohl bekannteste Auseinandersetzung mit der Gesellschaft und dem Staat der Amerikaner verdankte.

In Argentinien schrieb nach der liberalen Revolution von 1852 mit Juan Bautista Alberdi ein Kenner des amerikanischen Föderalismus die Verfassung des Landes, die deutlich am großen Beispiel orientiert war.

Warum sollte es in Deutschland am Vorabend der 1848er-Revolution anders sein? Nun, es war es auch nicht. Mit ihrer außerordentlich fundierten Darstellung hat Charlotte A. Lerg (Ludwig-Maximilians-Universität München) in ihrem Buch „Amerika als Argument“ den Amerikadiskurs in Deutschland vor und während der Revolution detaillierter untersucht als das bisher auf diesem keineswegs unbeackerten Feld geschehen ist.

Lerg wählt dafür als methodologischen Ansatz eine kontextuelle Deutung der Amerikadeutung in Deutschland, die sich an Faktoren orientiert, die im Lande selbst bestimmend waren. Dadurch wird auch der eigentliche Gegenstand recht präzise eingegrenzt. Es geht also nicht um die Angemessenheit des deutschen Amerikabildes im amerikanischen Kontext selbst, d.h. um die Frage, ob denn das Gesagte wirklich mit den dortigen Realitäten übereinstimmt, sondern darum, aus welchen „innerdeutschen“ Gründen sich die Diskussion speiste, und welche Funktion sie dort ausübte. Dazu gehört etwa die Frage, wie sich die verschiedenen Wellen der Auswanderung in die Neue Welt auswirkten oder über welche Kanäle der Diskurs akademisch verlief. Bei Letzterem spielt in der Frühphase (spätes 18. Jahrhundert bis Ende der Napoleonischen Kriege) unter anderem die Universität Göttingen eine wichtige Rolle, die wegen der Personalunion zwischen Hannover und Großbritannien einen liberaleren Geist pflegte und einen besonders privilegierten Zugang zu First-Hand-Informationen hatte. In dieser frühen Phase der Amerikarezeption war der politische Aspekt jedoch nicht so dominant wie es später im Vorfeld der Revolution von 1848/49 der Fall sein sollte. In dieser Zeit betrat der „politische Professor“ die historische Bühne, der das Bild der Paulskirchenversammlung lange dominieren sollte, obwohl – wie Lerg nachweist – lediglich rund 10% der Abgeordneten tatsächlich Professoren waren.

Dem eigentlichen Thema nähert sich Lerg im Folgenden aus zwei Richtungen. Erstens, durch die ausführliche Darstellung zweier sehr unterschiedlicher Amerikaexperten, die in der Revolution eine wesentliche Rolle spielen sollten. Da ist der preußische Historiker Friedrich von Raumer, der sich vom Standpunkt eines maßvollen Royalisten dem Thema näherte, und der badische Jurist Robert von Mohl, der als herausragender Vertreter des südwestdeutschen Liberalismus gilt. Beide befassten sich in historischen und staatswissenschaftlichen Werken ausführlich mit Amerika und brachten ihr Wissen auch in den Revolutionsdebatten an. Und obwohl beide von unterschiedlichen Positionen her argumentierten, konvergierten im Laufe der Zeit ihre Ansichten in mancher Hinsicht. Als ein einfach zu übernehmendes Beispiel wollten sie die junge Republik nicht sehen, weil dies eine schablonenhafte Übertragung nicht übertragbarer historischer Erfahrungen bedeutet hätte. Salopp gesagt: Dies wäre ein rein ideologisches Projekt geworden.

Dies deutet auch schon auf den zweiten Teil der Analyse hin, der die konzeptionelle Ebene betrifft, d.h. die eigentliche Anwendung von „Amerika als Argument“. Hier weist die Autorin auf die Vorsicht hin, die die Beteiligten bei ihrer „revolutionären Tätigkeit“ walten ließ, die wiederum der Furcht vor revolutionären Exzessen entsprang. Von einer „defensiven Revolution“ spricht sie in dem Zusammenhang. Die Amerikanische Revolution nach 1776 schien ein harmloseres und funktionstüchtigeres Beispiel zu liefern als die Französische, die in Terror und napoleonische Diktatur abgeglitten war. Hier – das sei nur nebenbei bemerkt – hätte die im Buch ausgeblendete, aber tatsächlich in Deutschland eifrig betriebene Deutung des Werkes von Edmund Burke erwähnt werden können, der als Beobachter beider Revolutionen das Thema ursprünglich grundgelegt hatte. Als Sympathisant der Amerikanischen und Gegner der Französischen Revolution hatte Burke unterschiedliche Akteure im deutschen Vormärz wie Dahlmanns und Gentz intellektuell geprägt.

Indes, die Affinität zu Amerika – insbesondere im Vergleich zu Frankreich – verleitete kaum einen der vielen Teilnehmer am Diskurs zu einer im deutschen Kontext sicherlich immer noch radikal anmutenden bloßen Übernahme des ja recht fernliegenden Beispiels. Vielmehr standen stets pragmatisch ausdiskutierte Einzelaspekte im Vordergrund, etwa das Spannungsfeld zwischen Freiheit und Gleichheit oder der föderale Aufbau der Verfassung. Viele Paulskirchenmitglieder pflegten regen Briefwechsel mit amerikanischen Politikern. Nur wenige wurden dadurch aber zum republikanischen Staatsmodell bekehrt. Vielmehr stand die Anwendbarkeit auf eine anzustrebende konstitutionelle Monarchie fast immer im Mittelpunkt – so unterschiedlich sonst auch die Standpunkte gewesen sein mögen, die man mit dem argumentativen Rückgriff auf das amerikanische Beispiel zu rechtfertigen trachtete.

Alles in Allem: Die Autorin hat einen wichtigen und vielbeachteten Teilaspekt der politischen Debatte von Vormärz und Revolution quellensicher und ausführlich bearbeitet. Der Detailreichtum und die neuen Nuancen, die sie dabei setzt, dürften dem Buch einen festen Platz in der das Thema betreffenden historischen Literatur sichern.

Berlin/Potsdam

Detmar Doering

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Siegfried Heimann: Der Preußische Landtag 1899–1947. Eine politische Geschichte

Hrsg. vom Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin. Berlin: Ch. Links 2011, 495 S., ISBN 978-3-86153-648-2

Nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 war der preußische Landtag für zwei Jahrzehnte das wichtigste Parlament in Deutschland. Diese Rolle trat er zwar 1867 an den neu ins Leben gerufenen Reichstag ab, aber die Volksvertretung im bei weitem größten deutschen Staat blieb, trotz ihrer bis 1918 eingeschränkten demokratischen Legitimation ein gewichtiger Faktor der deutschen Politik, ehe sie in der Endphase der Weimarer Republik wie alle deutschen Parlamente ihre eigentliche Funktion verlor bzw. von selbst aufgab. Erforscht ist der „Parlamentarismus in Preußen“ vor allem in den Anfangsjahren bis einschließlich preußischen Verfassungskonflikt, in dem der Landtag ja eine gewichtige, zuletzt unglückliche Rolle spielte, und während der ersten deutschen Republik.

Somit stellt sich von vornherein die Frage, ob es einer weiteren „politischen Geschichte“ des Landtags für das 20. Jahrhundert bedarf: Ab Mai 1933 gab es faktisch, ab Oktober des gleichen Jahres auch juristisch keine Institution Landtag im Land Preußen mehr. Für die 15 Jahre vorher liegt die gewichtige Monographie von Horst Möller seit fast 30 Jahren vor.¹ Bleiben die Jahre vor und während des Ersten Weltkriegs, in denen sich Funktion und Zusammensetzung des Landtags grundlegend von den Folgejahren unterschieden, aber nicht von denen, die seit dem erstmaligen Zusammentreten dieser Landesrepräsentation vergangen waren. Das vom Autor als Ausgangspunkt gewählte Jahr 1899 bildet also keinen Einschnitt in der Landtagsgeschichte, nicht einmal Wahlen fanden damals statt, sondern im Jahr zuvor. Sodann haben die beiden Eckdaten der Darstellung zudem sehr unterschiedliche Bezugspunkte: Beim späteren stand die staatsrechtliche Auflösung Preußens durch die alliierten Siegermächte Pate, ein Datum, das in keiner direkten Verbindung mit dem Landtag selbst steht, der schon andert-halb Jahrzehnte zuvor zu bestehen aufgehört hatte. Etwas anders verhält es sich mit dem Beginn von Heimanns Untersuchung: 1899 bezog das preußische Abgeordnetenhaus ein neues Gebäude, das bis heute existiert und in dem seit einigen Jahren das Abgeordnetenhaus des Stadtstaates Berlin residiert.

Eigentlich würde man nun anhand des Buchtitels und des Vorwortes von Walter Momper, bis vor kurzem Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses, eine politische Kulturgeschichte des Landtages, seines Gebäudes, seiner „Bewohner“, der Landtagsabgeordneten, und ihres Selbstverständnisses sowie seiner Außenwahrnehmung etc. erwarten, wie sie etwa von Andreas Biefang für Bismarcks Reichstag so eindrucksvoll vorgelegt worden ist.² Jedoch ist Heimanns Einengung im Untertitel auf eine „politische Geschichte“ zwischen 1899 und 1947 kein Understatement: Alles das, was die Bücher von Biefang so spannend und anregend gemacht hat, bleibt hier außen vor.

¹ Horst Möller: Parlamentarismus in Preußen 1919–1932. Düsseldorf 1985.

² Andreas Biefang: Bismarcks Reichstag. Das Parlament in der Leipziger Straße. Düsseldorf 2002, ders: Die andere Seite der Macht. Reichstag und Öffentlichkeit im System Bismarck“ 1871–1890. Düsseldorf 2009.

Aber auch als Handbuch zur parlamentarischen Arbeit von Abgeordnetenhaus und Landtag im ersten Drittel des vorigen Jahrhunderts überzeugt der Band nicht so recht. Dazu ist die Darstellung zu disparat und perspektivisch schwankend zwischen Landtagsdebatten, Politik der preußischen Regierung und allgemeiner Ereignisgeschichte. Verstärkt wird dies noch durch ihre Aufteilung in ereignisgeschichtliche Abschnitte, die ihrerseits nochmals unterteilt sind in Kapitel zu Abgeordnetenhaus und Landtag sowie zur Staatsregierung, und in thematische Längsschnitte, u. a. zur Frauenfrage und zu den Gebietsabtrennungen. Dies Vorgehen führt zu erheblichen Wiederholungen. Hinzu kommen „Exkurse“, bei denen man sich mitunter nach dem Sinn fragt, etwa zur Rätebewegung von 1918 oder der KPD-Gründung, die zwar mit dem Ort, aber wenig bis gar nichts mit der Institution zu tun hatten.

Überhaupt legt der Autor den Fokus der Darstellung vornehmlich auf die Arbeiterbewegung und ihre politischen Organisationen, was auch der Grund dafür sein mag, dass die Zeit bis 1918 nur ein Drittel des Raumes einnimmt wie für die Weimarer Republik, obwohl sie an Jahren länger dauerte und auch weniger gut erforscht ist. Zum Liberalismus wird nicht nur nichts neues, sondern sogar fehlerhaftes vorgetragen (vgl. etwa S. 47 oder 119). Wichtige Arbeiten zum Liberalismus wie von Joachim Stang³, Ludwig Richter⁴ oder Volker Stalman⁵ tauchen im Literaturverzeichnis nicht auf. Da vermag es nicht zu wundern, dass Stresemanns DVP durchweg als konservative Kraft bezeichnet wird, was ihr nicht gerecht wird.

Insgesamt hat man den Eindruck, dass der Autor nach der Grundsatzentscheidung für eine „politische Geschichte“ nicht so recht die Zielrichtung seines Werkes hat austarieren können: Im Zielkonflikt zwischen einer populärwissenschaftlich-belehrenden Darstellung und einem Abriss auf wissenschaftlicher Grundlage vermochte er sich nicht so richtig zu entscheiden und hat dann hauptsächlich Nachteile beider Genres verbunden. Deshalb liest sich das Buch weder gut noch befriedigt es die wissenschaftliche Neugier. Der preußische Landtag insbesondere der Kaiserzeit harret weiterer Untersuchungen und Darstellungen, die seine Bedeutung adäquat und zeitgemäß herausarbeiten.

Bonn/Gummersbach

Jürgen Frölich

³ Joachim Stang: Die Deutsche Demokratische Partei in Preußen 1918–1933. Düsseldorf 1994

⁴ Ludwig Richter: Die Deutsche Volkspartei 1918–1933. Düsseldorf 2002

⁵ Linkliberalismus in Preußen. Die Sitzungsprotokolle der preußischen Landtagsfraktion der DDP und DStP 1919–1932. Düsseldorf 2009

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Markus Iff: Liberale Theologie in Jena. Ein Beitrag zur Theologie- und Wissenschaftsgeschichte des ausgehenden 19. Jahrhunderts

Berlin/New York: De Gruyter 2011 (Theologische Bibliothek Töpelmann, Bd. 154), 417 S., ISBN: 978-3-11-024780-0

Es handelt sich bei dieser Monographie um eine leicht überarbeitete Dissertationsschrift, die im Herbst 2008 von der Friedrich-Schiller-Universität in Jena angenommen wurde. Betreut wurde diese Arbeit von dem Alttestamentler Jürgen van Oorschot. Sie ist allerdings eine theologiegeschichtlich-systematische Analyse und bringt Ergebnisse zur theologischen Wissenschaftsgeschichte des Deutschen Kaiserreichs, speziell zur Jenaer Fakultätsgeschichte.

Ihr Ausgangspunkt ist die These, dass es zum Ende des 19. Jahrhunderts an der Theologischen Fakultät in Jena eine neue Ära liberaler Theologie gegeben habe, die durch die Theologen Richard Adelbert Lipsius (1830-1892, in Jena seit 1871 Prof. für Neues Testament und Systematische Theologie), Otto Pfleiderer (1839-1908, in Jena 1870-75 Prof. für Praktische Theologie, anschließend Systematiker in Berlin), Adolf Hilgenfeld (1823-1907, in Jena seit 1850 Extraordinarius, seit 1890 Ordinarius für Neues Testament und ältere Kirchengeschichte), Ludwig Diestel (1825-1879, in Jena 1867-1872 Prof. für Altes Testament, anschließend in Tübingen), Adalbert Merx (1837-1909, in Jena außerordentlicher Prof. 1869-1873, danach Philosoph in Tübingen) und Eberhard Schrader (1863-1908, in Jena 1872-1875 Professor für alttestamentliche Exegese, anschließend Prof. für semitische Sprachen in Berlin) markiert sei. Der Dogmatiker und Kirchenhistoriker Karl (von) Hase (1800-1890, in Jena: 1830 bis zu seiner Emeritierung 1883), der als Dekan der Theologischen Fakultät und mehrfacher Rektor der Universität die Berufung jener liberalen Theologen betrieb, wird als Spiritus Rektor einer modifizierten liberal-theologischen Richtung herausgestellt. Sein Anliegen der Versöhnung des Christentums mit der modernen Bildung soll in der Berufung jener Theologen ihren Ausdruck gefunden und Jena zu einer „Hochburg“ liberaler Theologie habe werden lassen. So wie es der gleichfalls in Jena lehrende Kirchenhistoriker Karl Heussi in seiner „Geschichte der Theologischen Fakultät“ (Weimar 1954, S. 281) behauptete.

Heussi meinte, und hier folgt Iff seiner These, „eine eigen geprägte spezifische Jenaer liberale Theologie“ (S. 28) ausmachen zu können, die in den Jahren von 1865 bis 1895 traditionsbewusst und modernitätsoffen eine neue Ära protestantischen Liberalismus prägten. Die Eigenständigkeit der Jenaer Theologie glaubt Iff sowohl in der Eigen- wie in der Fremdwahrnehmung nachweisen zu können (S. 66-78, 88ff., 313ff.). Allerdings bewegt der Verfasser sich hier auf dünnem Eis. Die Eigenständigkeit zeigt sich nämlich als eine relative, wie es der Wuppertaler Kirchenhistoriker Martin Ohst, zeitweise ebenfalls in Jena lehrend, in seiner Rezension aufzeigt (Sehepunkte 11/2011, Nr.12, <http://www.sehepunkte.de/2011/12/20530.html>, 30.6.2012). Zu spärlich sind die Belege, die auf eine Individualität der Jenaer Fakultät hindeuten. In der Tat lässt sich ja schon an dem Werdegang der untersuchten „Jenaer Theologen“ aufzeigen, dass ihnen sowohl von ihrer Herkunft als auch durch ihre Berufungen nach Berlin und Tübingen die „stabilitas loci“ fehlt. Sie können eben nicht spezifisch einer

bestimmten Fakultät in Jena zugeordnet werden. Die Einflüsse, denen sie ausgesetzt waren, und diejenigen, die von ihnen ausgingen, wären vielmehr überregional zu fassen, statt in einem Ausschnitt einer Fakultätsgeschichte behandelt zu werden.

Iff verweist indes auf die Vernetzung der Theologen auch über den Fakultätsbetrieb hinaus: auf die „Protestantentage“ (die übrigens kein einziges Mal in Jena stattfanden), auf denen Meinungen ausgetauscht wurden, und auf die Periodika als Kommunikationsmedien, speziell das Jahrbuch für protestantische Theologie (Mitherausgeber Lipsius) und die Zeitschrift für Wissenschaftliche Theologie (Herausgeber Hilgenfeld). Auch die Mitgliedschaft im „Protestantenverein“ war sicher eine nicht zu unterschätzende Klammer, die sehr wohl die Zusammengehörigkeit der Theologen belegt. Doch ist diese Vernetzung ja keine spezifische für Jena, sondern betrifft weite Teile der liberalen Theologie. Eine Besonderheit der Fakultät Jena lässt sich daran nicht festmachen.

Freilich sind sie Repräsentanten einer neuen, liberalen Theologengeneration, die sich insbesondere von der Theologie Albrecht Ritschels und der von ihm geprägten Richtung unterscheiden. Diese Richtung, die in der Tat durch die Berufungspolitik Karl (von) Hases gefördert wurde, und die dadurch in Jena ihren Sitz hatte, wird in der Dissertation in ihrer theologischen Eigenart charakterisiert. Hierin liegt der Ertrag der Arbeit.

Leider geht die Dissertation auf eine Auseinandersetzung mit dem Göttinger Kirchenhistoriker und prägenden liberalen Neutestamentler Albrecht Ritschl (1822–1889) und dessen Schule nur am Rande ein, indem sie herausstellt, dass die Jenaer Theologen im Gegensatz zu den „Ritschelianern“ die religionsgeschichtliche Forschung als Schlüssel zum besseren Verständnis des Christentums werteten. Eine genauere Gegenüberstellung weiterer liberaler Positionen des Protestantismus hätte sicher zur Akzentuierung der Jenaer Richtung beigetragen sowie zur Verortung des theologischen Liberalismus innerhalb des National-Deutschen Liberalismus des Kaiserreichs. Gilt doch auch die Theologie Ritschls als ein vermittelnder, integrationsfähiger „dritter Weg“ zwischen Konfessionalismus und Liberalismus und markiert genau wie die Jenaer Theologen eben jene konservative Wende des Liberalismus, die ihn von dem Liberalismus vor den 1860er unterscheidet. Ausgerechnet Hans Hinrich Wendt, ein Schüler Albrecht Ritschls wurde 1893 Lehrstuhlnachfolger von Lipsius, der seit den frühen 70er Jahren Karl (von) Hase als Haupt der Fakultät abgelöst hatte. Die Nähe der Jenaer zur Religionsgeschichtlichen Schule wird freilich ausdrücklich betont. Auf die Verknüpfung mit der „Tübinger Schule“ wird indessen kaum verwiesen.

Offenbar meint der Verfasser, dass die Jenaer Richtung im Gegensatz zu den Göttinger Religionsgeschichtlern die israelitische Religion mehr zu würdigen wusste. Die Jenaer hätten im Unterschied zu den Göttingern „in der Geschichte und Religion Israels ... nicht nur eine historische, sondern auch eine theologische Aufgabe“ gesehen (S. 332). Diese „Würdigung“ der Jenaer Fakultät, erscheint dem Rezensenten indes zu idealisierend. Auch die von den Jenaer Theologen bzw. der religionsgeschichtlichen Schule hervorgehobene Bedeutung der israelischen Religion für das Christentum grenzt sich ja explizite von einer Anerkennung des Judentums ab. So hat etwa Adolf Hilgenfeld mehrfach hervorgehoben, dass er das Judentum für „engherzig“ halte, das überwunden werden müsste (siehe etwa sein Artikel „Jüdische und Christliche Nächstenliebe“, in: Protestantische Kirchenzeitung 38, 1891, Sp. 879–883). Dieser latente Antisemitismus, der sich ebenso bei Ernst Troeltsch (1865–1923) und Adolf (von) Harnack (1851–1939) findet, kennzeichnet nämlich zugleich eine Tendenzwende, die der theologische Liberalismus im Laufe des Kaiserreichs erfährt. Die von vielen Theologen als „Versöhnung“ zwischen Tradition und Moderne gepriesene Wende des Liberalismus seit den späten 1860er Jahren, birgt für den Historiker hierdurch auch eine bedenkliche Seite.

Die Arbeit bleibt ganz auf der Ebene der Theologiegeschichte, trotz ihres erklärten interdisziplinären Anspruchs. Die Erträge der historischen Liberalismusforschung wie sie im „Jahrbuch der Liberalismusforschung“ bibliographiert sind, wurden nicht berücksichtigt.

Die konservative Wende des Liberalismus, die in den letzten Jahrzehnten in der Geschichtswissenschaft, etwa durch Gangolf Hübinger, Rudolf Vierhaus (lediglich im Literaturverzeichnis erwähnt) und Rüdiger vom Bruch (überhaupt nicht berücksichtigt), herausgearbeitet und in zahlreichen Werken des Münchener Systematikers Friedrich Wilhelm Graf erforscht wurde, hätte sicher verdient, beachtet zu werden. Die sozialen und politischen Wechselbeziehungen des Liberalismus, seine politische Ausrichtung als Nationalliberalismus und seine gesellschaftliche Relevanz als Kulturprotestantismus im Deutschen Kaiserreich hätten die Interpretation theologiegeschichtlicher Tendenzen im Kontext einer Geschichte der Mentalitäten aufzeigen können.

So bleibt die Arbeit ein Stück gut dargestellter Theologiegeschichte, die in der Beobachtung der Werke der Jenaer Theologen des Kaiserreichs eine neue Anknüpfung dieser Wissenschaft an Kant, Hegel und Schleiermacher belegen und anhand einer Fakultät die Entdeckung und Fruchtbarmachung der Religionsgeschichte beobachten kann. Insofern ist sie lesenswert und kann die eigene Forschung anregen.

„Offenbarung und Religion“ werden von dieser Theologengeneration als „Wechselbegriffe“ erkannt, wobei die Offenbarung der „der objektiv-göttliche Grund, die Religion die subjektiv-menschliche Folge“ sei (S.350). Damit einher geht auch eine Legitimation der Theologie als Wissenschaft, indem Theologie als Wissenschaft in der Verhältnisbestimmung von historischer und systematischer Theologie sowie Dogmatik und Exegese begründet wird.

Freilich lässt sich eine solche Entwicklung auch an anderen theologischen Fakultäten festmachen. So bleibt das Verdienst dieser Dissertation dieses Stück Theologiegeschichte an Jena belegt zu haben.

Wuppertal

Wolfgang E. Heinrichs

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Frauke Nicola Schulz: „Im Zweifel für die Freiheit“. Aufstieg und Fall des Seiteneinsteigers Werner Maihofer in der FDP

Stuttgart: ibidem-Verlag 2011 (Göttinger Junge Forschung Bd. 7), 125 S., ISBN 978-3-8382-0111-5

Endlich gibt es eine politische Biographie über den zu Unrecht außerhalb der liberalen Kerngemeinde und vielleicht selbst dort längst vergessenen liberalen Politiker und Bundesminister des Innern Werner Maihofer. Erschienen ist die schlanke Arbeit in einer neuen Göttinger Schriftenreihe, die jungen Wissenschaftler die Möglichkeit zum frühzeitigen Publizieren und damit zum Lernen des Schreibens bieten will. Ob man diesen Lernprozeß unbedingt öffentlich vollziehen muß, sei mal dahin gestellt.

Der 1918 in Konstanz geborene Maihofer gehörte zu der Generation, die den 2. Weltkrieg von Anfang an mitmachen mußten. Er hatte danach aber das Glück, schon ab 1946 mit immerhin 26 Jahren sein Wunschfach Jura studieren zu können, zunächst mit dem Berufsziel Diplomat, dann jedoch mit dem Schwerpunkt Strafrecht. Es folgte eine steile wissenschaftliche Karriere, Rufe, Dekanate und Rektorate und die Vizepräsidentschaft der Westdeutschen Rektorenkonferenz folgten Schlag auf Schlag. Erst 1969 geht er in die FDP, wird sofort in den Parteivorstand gewählt und leitet die Kommission zur Ausarbeitung des neuen Grundsatzprogramms. 1972 folgt der Einzug in den Bundestag und Ernennung zum Bundesminister ohne Geschäftsbereich. 1974 übernimmt er mit dem Innenministerium eines der klassischen Ressorts. Bis dahin paßt zu dem Ruf der FDP, daß man in kaum einer Partei auch als Seiteneinsteiger so schnell Karriere machen kann wie in der FDP. Vier Jahre später endet Maihofers politische Laufbahn mit dem Rücktritt.

Über Maihofers Agieren in der Programm-Kommission erfährt man leider nur sehr wenig, ebenso über sein Amtszeit als Innenminister. Dabei ist es letztlich auch der Deutsche Herbst 1977, der Maihofer wegen der Fahndungsspannen im Entführungsfall Schleyer zum Amtsverzicht zwingt. Worin diese Pannen bestehen, warum Maihofer als Innenminister temperamentsmäßig und von seiner liberalen Grundhaltung her ungeeignet sein soll, läßt Schulz offen. Letztlich lassen sich derartige Fragen ohne gezielte Recherchen im Archiv auch nicht zuverlässig beantworten. So bleibt der Autorin letztlich wenig anderes übrig, als die Laufbahn Maihofers in Relation seiner Nützlichkeit für die FDP zu schildern. Solange die FDP nach der Ablösung Mendes auf Linkskurs war, paßte Maihofer genau ins Profil der Partei, mit dem als konservative Wende interpretierten Wechsel zu Genscher wurde Maihofer mehr und mehr zum Fremdkörper, dessen Rücktritt – jenseits des beliebigen Anlasses – zwangsläufig war. Auch heute hätten jemand wie Maihofer kaum einen Platz im Zentrum der FDP. Das Schulz diese kurze Karriere dann noch in das seitenlang vorgestellte konventionelle Schema eines Dramas in fünf Akten preßt, wirkt zudem gekünstelt.

So bleibt als Fazit: Bis jemand eine bessere und auf den ja zugänglichen Quellen aufbauende Maihofer-Biographie vorlegt, hat Nicola Schulz zwar das Thema für sich besetzt. Maihofer hätte diese neue Studie aber dringend verdient.

Sankt Augustin

Hans-Heinrich Jansen

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Andreas Wirsching: Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit

München; C.H.Beck Verlag 2012, 487 S., ISBN: 978-3-406-63252-5/26,95 Euro.

Zwanzig Jahre ist es mittlerweile her, seit der US-Politologe Francis Fukuyama seine berühmte These vom Ende der Geschichte formuliert hat. Mit Beendigung des Kalten Krieges, so ihr hegeli-anischer Kern, seien die großen Gegensätze im Weltgeschehen an ihr Ende gekommen; die Prinzipien des Liberalismus in Gestalt von Demokratie und Marktwirtschaft hätten sich durchgesetzt und alternative Gesellschaftsmodell ein für alle Mal beiseite geräumt. Auch wenn der Verdacht nahe liegt, man sollte Fukuyama nicht den Vorwurf machen, ein Triumphalist zu sein. Dafür ist seine Argumentation zu differenziert, und in seinen späteren Büchern hat er sich durchaus auch kritisch zu den Entwicklungen im Westen geäußert (zum Beispiel 2000 in „Der große Aufbruch“, wo es um den Wandel der Arbeits-stile in der Informationsgesellschaft und die damit verbundenen sozialen Verwerfungen geht). Alles in allem jedoch, und auch Fukuyama selbst räumt das mittlerweile zumindest in Teilen ein, hat sich seine Prognose als falsch herausgestellt. Das Ende des Ost-West-Gegensatzes hat nicht zur generellen Be-friedung des Weltgeschehens beigetragen, sondern eine ganze Reihe neuer Konflikte an die Oberfläche gespült, von denen in den vergangenen anderthalb Jahrzehnten der Antagonismus zwischen westli-cher und islamischer Welt (zumindest medial) im Mittelpunkt stand. Und auch wenn diese Konflikte alles andere als beigelegt sind, erleben wir derzeit, wie sich der Fokus erneut verschiebt. Mit dem Auf-stieg Chinas, das, anders als die Sowjetdiktatur, auf den Wettbewerb mit dem Westen setzt – nach welchen Regeln eigentlich? –, stehen wir am Beginn einer neuen Polarität in der internationalen Poli-tik, von der noch nicht abzusehen ist, wie sie sich entwickeln wird.

Irgendwo dazwischen, für manche noch immer im Zentrum, für andere längst an der Peripherie des Weltgeschehens angelangt, liegt Europa, mit dessen jüngster Geschichte sich Andreas Wirsching, Di-rector des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, in seinem neuen Buch eingehend befasst hat. „Der Preis der Freiheit“, lautet der programmatische Titel des Bandes; er umfasst die Zeitspanne von der demokratischen Revolution 1989/90 bis zur gegenwärtigen Wirtschafts- und Finanzkrise.

Alles hatte so gut angefangen: Das Abschütteln des Kommunismus in den Staaten Mittel- und Osteu-ropas hatte den Kontinent zum ersten Mal seit mehr als hundert Jahren wieder politisch zusammen-geführt. Die Völker Osteuropas konstituierten sich als freie Nationen, angelehnt an die Standards der Europäischen Union, was die „demokratiekulturelle Angleichung“ in Europa beförderte; heute, zwanzig Jahre nach der friedlichen Revolution, hat man es im Osten und in der Mitte Europas überwiegend mit stabilen Nationalstaaten zu tun.

Parallel dazu entwickelte sich ökonomisch eine marktwirtschaftliche Ordnung, welche die Fortsetzung der bereits vor 1989 eingeleiteten Vereinheitlichung des europäischen Wirtschaftsraums zuließ; einen vorläufigen Endpunkt erreichte das Projekt mit der Aufnahme der ostmitteleuropäischen Staaten in die Euro-Zone. Die Folge war eine immer engere wirtschaftliche Verflechtung, was einerseits das Anwach-

sen des Wohlstandes in den postkommunistischen Ländern förderte, andererseits jedoch zum Teil krasse Wohlstandsgefälle innerhalb Europas sichtbar machte.

Auch kulturell zeichnete sich Europa in den Jahren nach 1989 durch mehr Konvergenz aus. Wegfallende Grenzkontrollen, eine gestiegene Mobilität sowie die stärkere Kompatibilität von Bildungsangeboten in den einzelnen Ländern sorgten dafür, dass das europäische Projekt zunehmend auch im Alltag der Menschen erfahrbar wurde. Begleitet wurden derlei Egalisierungstendenzen, wie überall auf der Welt, vom Bedürfnis nach individueller Abgrenzung. Auch hier erlebte man also ein dynamisches Wechselspiel aus Homogenisierung mit parallel stattfindender Differenzierung.

Soweit das im Großen und Ganzen positive. In letzter Zeit ist davon jedoch kaum noch die Rede. Auf der Negativseite vermerkt Wirsching die „zügellose Liberalisierung der internationalen Finanzmärkte seit den 1980er Jahren“, die auch vor Europa nicht haltmachte. Die gewaltigen finanziellen Stützungsleistungen, die im Zuge der Bankenkrise von den Staaten aufgebracht werden mussten, verschärfen auch die derzeitige Staatsschuldenkrise.

Eine Prognose, wie sich Europa im Zeichen der Krise weiter entwickeln wird, will Wirsching ausdrücklich nicht abgeben. Doch ist bereits die historische Erfahrung lehrreich. Wenn immer Europa in der Vergangenheit mit krisenhaften Situationen konfrontiert war, etwa im Zuge der Kriege im ehemaligen Jugoslawien, setzte die Politik auf das auch aktuell viel zitierte „Mehr an Europa“, sprich: auf die weitere Föderalisierung bzw. Supranationalisierung des Kontinents. Sollten die Staaten dieser Tradition auch in Zukunft treu bleiben – und es gibt derzeit kaum Anzeichen, dass das nicht so sein wird –, ist es nur eine Frage der Zeit, bis auch die europäischen Steuer- und Wirtschaftspolitiken einer stärkeren Vergemeinschaftung unterzogen werden. Die Schuldenpolitik als die Achillesferse des europäischen Projekts wird davon sicherlich nicht ausgenommen sein.

Geschichtsschreibung im Angesicht aktueller Entwicklungen ist für den Zeithistoriker seit jeher eine besondere Herausforderung. Es besteht die Gefahr, dass sich der Wissenschaftler in der (subjektiv gefärbten) Rolle des Kommentators politischen Zeitgeschehens verliert. Andreas Wirsching ist dieser Versuchung nicht erlegen. Souverän analysiert er die jüngste Geschichte Europas, ohne sich in den zahllosen Fallstricken des Tagesgeschehens zu verheddern. Auf politische Handlungsempfehlungen wartet der Leser vergeblich; dennoch sieht er die politische Lage nach der Lektüre von Wirschings Buch ein gutes Stück klarer.

Florian Keisinger

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Michael Hochgeschwender/Bernhard Löffler (Hg.): Religion, Moral und liberaler Markt. Politische Ökonomie und Ethikdebatten vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Bielefeld: transcript Verlag 2011 (= Histoire, Bd. 28), 308 S., ISBN 978-3-8376-1840-2.

Die Begriffe „Kapitalismus, Liberalismus und religiöses Ethos“ gehören – schon für sich genommen – zweifelsohne zu den Generalthemen unserer Zeit und eröffnen in ihrer Kombination ein geradezu breit aufgerissenes Spektrum für kontroverse Debatten. Daher ist der Versuch einer kritischen Auseinandersetzung damit aus verschiedenen Disziplinen und fachlichen Methodologien, wie sie der vorliegende Tagungsband versammelt, eine lobenswerte Unternehmung. Die beinhalteten Aufsätze rekurrieren dabei auf eine Veranstaltung der Akademie für politische Bildung in Tutzing, die im Jahr 2008 „unter dem sehr frischen Eindruck des Bankencrashes“ abgehalten wurde. Dass die seitherigen Entwicklungen in der weltweiten Finanzmarkt- und Staatsschuldenkrise das Verständnis der breiten Öffentlichkeit von moralisch geprägtem Handeln in der globalisierten Marktwirtschaft weiter geprägt haben, muss hier nicht weiter erklärt werden.

Die 14 Beiträge, in der Mehrzahl Historiker, nehmen in ihren Abhandlungen zumeist ohnehin metatheoretische, somit aktualitätsunabhängige Perspektiven ein und diskutieren die sozial- bzw. ideengeschichtlichen Grundlagen dieser Diskurse in den USA, Großbritannien, Deutschland und Italien. Diese an Länderspezifika orientierte Zuordnung folgt freilich dem klassischen Bild eines anglo-amerikanischen und eines kontinentaleuropäisch geprägten Diskurses in der Sozial- und Wirtschaftsphilosophie. Doch gerade an dieser Unterscheidung wird deutlich, dass die zu Recht gestellten Fragen an eine globalisierte Ökonomie nicht ausschließlich unter nationalen Blickwinkeln, sondern zwingend komparatistisch betrachtet werden müssen. Der abschließende und bei weitem kürzeste Teil des Buches widmet sich dann den Wechselwirkungen von Religion und Markt, wiederum aus bundesdeutscher Sicht.

Der für einen Sammelband sehr umfangreichen, zugleich jedoch luziden Einführung in das Themenfeld der Tagung von *Bernhard Löffler*, der auch als Mitherausgeber verantwortlich zeichnet, schließen sich die zwei Aufsätze der Religionswissenschaftlerin *Anne Koch* und des Konstanzer Sozialwissenschaftlers *Clemens Wischermann* an. Während Koch den spannenden Versuch unternimmt, auf der Basis eines diskursiven Religionsverständnisses Modelle und methodologische Kriterien für eine „Religionsökonomik“ herauszuarbeiten, gelingt es Wischermann auf nur wenigen Seiten eine Geschichte der wirtschaftswissenschaftlichen Ansätze zu erzählen. Die zentrale, bereits im frühen Calvinismus relevante Frage nach der Interdependenz von transzendentaler Sinnstiftung und individueller wirtschaftlicher Leistungskraft wird dabei leider nur am Ende angerissen.

Der Block über den angloamerikanischen Diskurs ist mit dem etwas tendenziösen Titel „Von Smith zu Hayek und Thatcher“ überschrieben und umfasst sechs Beiträge, die sich mit den dort geprägten sozial-, wirtschafts- und moralphilosophischen Theorien seit dem 18. Jahrhundert befassen. Der Freiburger Historiker *Jörn Leonhard* rekapituliert die grundlegenden und hinlänglich diskutierten Überlegungen von Adam Smith und John Stuart Mill, betont dabei aber insbesondere deren ganzheitliche Ansätze im Hinblick auf die Vereinbarkeit des menschlichen Seins als homo oeconomicus und als homo socialis. Dass er dabei, wenn auch nur knapp, auch auf Lord Acton eingeht, ist eine erfreuliche Ergänzung. *Johannes Wallacher* von der Hochschule für Philosophie in München unterstreicht diese Interpretation in seinem Artikel über „Die bleibende Bedeutung der politischen Ökonomie von Adam Smith“ nachdrücklich. *Walter Reese-Schäfer*, Politikwissenschaftler aus Göttingen, kontrastiert in seiner Darstellung die Rawls'sche Gerechtigkeitstheorie mit Habermas' Idee einer postsäkularen Gesellschaft und liefert eine fundierte Analyse der prägenden Debatten liberaler politischer Philosophie. Vor dem Hintergrund der Grundausrichtung des Buches, erscheint der Beitrag des anderen Herausgebers, *Michael Hochgeschwender*, seines Zeichens Professor für nordamerikanische Kulturgeschichte, am spannendsten: In einem detailreichen Panorama schildert er anhand konkreter Beispiele eindrücklich die Verschränkungen von libertären Denkmodellen, evangelikalen Lebensentwürfen und kapitalistischer Marktordnung in der Genese der Vereinigten Staaten, die in der These kulminiert, diese würde „den freien Markt und das freie Unternehmertum zu den Kernmarken amerikanischer (...) Identität überhaupt machen.“ Die Autoren der beiden anschließenden Aufsätze untersuchen darin die ideengeschichtlichen Impulse, die die wirtschafts- und sozialpolitische Grundausrichtung in der Bundesrepublik und im Vereinigten Königreich im ausgehenden 20. Jahrhundert beeinflussten: Während *Iris Karabelas* hier die Bedeutung Friedrich August von Hayeks und seines opus magnum „Die Verfassung der Freiheit“ für das Regierungshandeln in der Ära Thatcher schildert, analysiert sie zugleich eine weitgehende Fehlannonce seines Einflusses auf die Politik der CDU/CSU/FDP-Koalition seit 1982. Diese Erkenntnis ist angesichts des ausgeprägten sozialen Sicherungssystems in Deutschland konsequent. *Dominik Geppert* vertieft diesen Ansatz im Hinblick auf die religiös-ethische Fundierung der britischen Gesellschaft der 1980er Jahre und liefert eine knappe, aber tiefgründige Analyse des Widerstreits liberaler und konservativer Prinzipien in der Politik Margret Thatchers.

Im dritten Teil des Bandes werden in vier Aufsätzen spezifische Aspekte der „Wirtschaftsdiskussionen und Gesellschaftsvorstellungen“ präsentiert, wobei sich der von *Thomas Brechenmacher* als etwas exotisch ausnimmt, da er sich mit den Konzepten von „liberalismo“ und „libersimo“ während der Zeit des Faschismus beschäftigt, während die weiteren wiederum einen klaren Fokus auf die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland legen: Während *Nils Goldschmidt* die konfessionellen Wurzeln dieses ordnungspolitischen Konzepts, mithin seine von Eucken, Röpke und Müller-Armack formulierten wesentlichen Ziele aufzeigt, stellt *Ronald Granieri* die Frage nach der Präferenzbildung in der Gesellschaft: „Wohlstand oder Solidarität?“. Dies diskutiert der US-amerikanische Historiker souverän anhand des Selbstverständnisses der Christdemokratie wie auch der katholischen Amtskirche. Der Nürnberger Historiker *Friedrich Kießling* schließlich analysiert in seinem Beitrag den Zusammenhang von wirtschaftlicher Prosperität und Begründung bzw. Akzeptanz der Demokratie am Beispiel der alten Bundesrepublik.

Die beiden letzten Essays sind nun diejenigen, die sich ganz explizit Fragen der Religion im Rahmen liberaler Marktordnungen beschäftigen. *Frank Bösch* untersucht darin das spannungsvolle Verhältnis der Kirchen und der Medien entlang der Entwicklung der Bundesrepublik. Dabei kommt er zu dem Er-

gebnis, dass sich diese aufgrund der Logik der Marktmechanismen immer wieder aufeinander einlassen. Dass diese Nähe durchaus wechselseitig ist, belegen auch *Sven-Daniel Gettys* und *Thomas Mittmann* in ihrem Beitrag „Der Tanz um das goldene Kalb der Finanzmärkte“, in dem sie eine Zunahme in der Verwendung religiöser Begriffe im Mediengeschehen wie auch im Alltagskonsum konstatieren. Die verstärkte Nutzung religiöser Semantik sei gleichermaßen auch ein Beleg für die Notwendigkeit einer ethischen Begründung des Kapitalismus in krisenhaften Zeiten, so die beiden Autoren. Diese These verdeutlicht freilich nur die liberale Kernforderung nach einer zwingenden Zusammengehörigkeit von Freiheit und Verantwortung des Einzelnen – gleich ob in Wirtschaft, Politik oder gesellschaftlichem Alltag.

Herausgeberschriften teilen aufgrund der Anzahl der Autoren naturgemäß das Schicksal einer sprachlichen wie auch inhaltlichen und methodischen Vielgestaltigkeit. Doch trotz der etwas unübersichtlichen Anordnung der Beiträge und der (vermutlich beabsichtigten) thematischen Verengung auf den transatlantischen Raum lohnt sich die Lektüre dieses anspruchsvollen Sammelbandes für den an Liberalismus Interessierten, zumal er einen breit angelegten und historisch verorteten Aufriss einer komplexen Debatte bietet, die auch in Zukunft von Relevanz bleiben wird.

Stuttgart/Tübingen

Jochen Merkle

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Michail Krausnick: Johann Georg August Wirth. Vorkämpfer für Einheit, Recht und Freiheit

Mannheim: Wellhöfer Verlag 2011, 315 S., ISBN: 978-3-939540-93-9

Die 1997 bei Beltz Quadriga erschienene und längst vergriffene Johann Georg August Wirth-Biografie liegt nun als wohlfeile Taschenbuchausgabe vor. Nur gering erweitert kann sie direkt und indirekt große Wirkung für sich in Anspruch nehmen. So regte Krausnick, erfolgreich unterstützt von Christof Müller-Wirth, einem engagierten Nachfahr des Gewürdigten, die Neuauflage von Wirths Verteidigungsrede vor den Assisen zu Landau von 1833 an.¹ Die große wissenschaftliche Biografie von Elisabeth Hüls² ist parallel und unabhängig entstanden, aber sie diskutiert Krausnicks Thesen. 2007 erschien die Reprint-Ausgabe der wirkungsmächtigen deutschen Oppositionszeitung des Vormärz, die von Wirth herausgegebenen "Deutsche Tribüne" (1831-1832)³. 1998, zu seinem 200. Geburtstag, wurde ihm in seiner Heimatstadt Hof ein ganzer Platz als Denkmal in Gestalt einer stilisierten aufgeschlagenen Seite der "Deutschen Tribüne" gewidmet⁴. Seit 2009 verleiht die Akademie für neue Medien in Kulmbach einen Wirth-Preis für Persönlichkeiten, die sich um die Förderung des journalistischen Nachwuchses verdient gemacht haben. Schließlich kam es erstmals zu einer Wirth-Ausstellung, konzipiert und realisiert im Landesbibliothekszentrum Speyer⁵.

Johann Georg August Wirth (1798-1848), um den es lange Zeit recht still war, erfuhr und erfährt eine kaum für möglich erachtete Aufmerksamkeit.

Krausnick versteht seine Wirth-Biografie nicht als wissenschaftliche, da gibt es ja inzwischen die beeindruckende von Elisabeth Hüls, dafür aber als einen stimulierenden Narrativ und notwendigen Erinnerungsort eines Repräsentanten deutschen Demokratiegeschichte.

Diese leserfreundliche Lebensgeschichte, die hauptsächlich auf den beiden autobiographischen Schriften von Wirth sowie auf den Erinnerungen seines Sohnes Max beruht⁶, verfolgt Wirths Weg nach Hambach, aber auch in die Frankfurter Paulskirche. Nach Studium in Erlangen und Promotion in Halle und achtjähriger Anwaltspraxis in einer Bayreuther Kanzlei wurde er – angeregt von der Julirevolution von 1830 – journalistisch und politisch tätig. In München machte er sich als Autor, Redakteur und Verleger wichtiger Oppositionszeitungen einen bald überregional bekannten Namen. Er gründete u.a.

¹ Die Rechte des deutschen Volkes. Mit einer Einführung von Michail Krausnick, Potsdam 1998

² Johann Georg August Wirth (1798-1848). Ein politisches Leben im Vormärz, Düsseldorf 2004

³ 3 Bände, bearbeitet von Elisabeth Hüls und Hedwig Herold-Schmidt, München 2007.

⁴ Giegold, Heinrich, Vogtland, Freiheit, Demokratie, Hof 1998 und Herrmann, Axel und Kluge, Arndt (Hrsg.) Johann Georg August Wirth. Ein Revolutionär aus Hof, Hof 199.

⁵ Schlechter, Arnim (Hrsg.), Kämpfer für Freiheit und Demokratie, Johann Georg August Wirth, Neustadt 2010 (Begleitband)

⁶ J.G.A. Wirth, Denkwürdigkeiten aus meinem Leben, Emmishofen 1844; ders., Walderode, eine historische Novelle aus der neueren Zeit, Emmishofen 1845 sowie Max Wirth, Ernst und frohe Tage, Köln 1884

die "Deutsche Tribüne". Diese liberal-demokratische Zeitung hielt den restaurativen Kräften den Spiegel vor und wurde gleichsam zum einflussreichen Forum des politischen Lebens in Deutschland. Sie sollte als "politische Gegenmacht" zum bayerischen Obrigkeitsstaat zur wirkungsmächtigen deutschen Oppositionszeitung des Vormärz werden. Durch sie wurden die Ansichten der liberalen und demokratischen Opposition im Deutschen Bund verbreitet. Nationale Einheit, liberaler Rechtsstaat und Menschenrechte wurden propagiert. Besonders Abschaffung der Zensur und Garantie der Pressefreiheit wurden gefordert, galt sie doch als unverzichtbare Voraussetzung und elementarer Bestandteil politischer Teilhabe. Auch die Entwicklung im europäischen Ausland wurde kritisch verfolgt. So nahm einen breiten Raum der Warschauer „Novemberaufstand“ 1830 und die Rolle Polens als Vorkämpfer für ein Europa freier Nationalstaaten ein. Wirth wurde bereits im September 1831 zu einer Arreststrafe verurteilt, der bald weitere folgen sollten, so dass er seinen Lebens- und Wirkungskreis in den "freien" bayerischen Rheinkreis nach Homburg, wo noch der Code Civile galt, verlegte. Sein Kommen wurde regelrecht zu einem Triumphzug. Wirth verstand es geschickt, die „Deutsche Tribüne“ eng mit dem „Deutschen Press- und Vaterlandsverein“ zu verbinden, der ihr eine breite Leserschaft verschaffte und sie regelrecht zu einer „Volkszeitung“ werden ließ. Pressvereine sorgen für überregionale Verbreitung. Allerdings war ihr Erscheinen nur von kurzer Dauer.

Mit Philipp Jakob Siebenpfeiffer zählt Wirth zu den Initiatoren und Hauptrednern des Hambacher Freiheitsfestes vom 27. Mai 1832, wo er die Fürsten anklagte und ein dreifaches Hoch auf "das conföderirte republikanische Europa" anstimmte – allerdings mit antifranzösischen Untertönen.

Aber Krausnick portraitiert Wirth nicht nur als Hambacher. Die Jahre 1830–1834 sind häufig beschrieben worden und hinlänglich bekannt. Viel wichtiger erscheinen Wirths weniger bekannte Lebensabschnitte nach diesem Großereignis mit seinen gerichtlichen Folgen. Wirths Weg in die Frankfurter Paulskirche wird kritisch nachgezeichnet. Die mehrjährige Haft und das entsagungsreiche Exil in Frankreich und der Schweiz ließen den einst als "zweiten Luther" Gefeierten und gar als "Moses auf dem Sinai" Gerühmten in schwere Depression und lethargischer Verzweiflung fallen. In der "Rheinkrise" von 1840 vertrat er einen aggressiven patriotisch-nationalistischen Kurs gegen Frankreich, der viele seiner Weggefährten und Anhänger, so auch Georg Herwegh, an seiner vormals bewunderten politischen Botschaft zweifeln ließen. Späte Genugtuung erfuhr der von schwerer Krankheit Gezeichnete, als er schließlich in das Frankfurter Vorparlament in die Paulskirche gewählt wurde. Er starb am 26. Juni 1848. Robert Blum würdigte ihn auf dem Frankfurter Hauptfriedhof als vorbildlichen Vorkämpfer für Einheit, Recht und Freiheit.

Wolfgang Michalka

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Ulrich Hettinger: Hermann von Beckerath. Ein preußischer Patriot und rheinischer Liberaler

Hrsg. von der Mennonitengemeinde Krefeld, Redaktion Christoph Wiebe.

Krefeld/Göttingen: Hubert & Co 2010 (Krefelder Studien Bd. 14) 370 S., ISBN 978-3-9808-2358-6

Bei der vorliegenden Studie handelt es sich um die „geringfügig ergänzte Fassung“ (Vorwort) der Dissertation von Ulrich Hettinger, die 2001 von der Philosophischen Fakultät der Universität zu Köln angenommen wurde. Später hat der Pfarrer der Krefelder Mennonitengemeinde, Christoph Wiebe, dessen Text überarbeitet und auch mit Hilfe der Familie von Beckerath doch noch eine Veröffentlichung ermöglicht.

Den Anstoß zu seinem Thema erhielt Hettinger durch seine Mitarbeit beim Forschungsprojekt „Biographisches Handbuch der deutschen Nationalparlamentarier 1848–1933“, das im Zentrum für Historische Sozialforschung in Köln entstand. Dabei fiel ihm auf, dass die politische Rolle Hermann von Beckeraths, der seit seiner Wahl in den siebten Rheinischen Provinziallandtag von 1843 zur Führungsriege der Rheinischen Liberalen zählte, bisher wissenschaftlich kaum erforscht worden war. Zwar gab es zeitgenössische Darstellungen über ihn – zuerst von Rudolf Haym 1847 und dann 1873/75 von Wilhelm Oncken und Hugo Kopstadt zwei biographische Schriften mit Quellen aus dem Nachlass, die ihn aber verklärten, weil sie ihm als Freund ein Denkmal setzen wollten. Die spätere Lokalgeschichtsschreibung stützte sich dann auf diese Vorlagen.

Hettinger stellt folgende Fragen ins Zentrum seiner Untersuchung: „Wie und vor welchem persönlichen Erfahrungshintergrund sich Beckeraths gesellschaftliche und verfassungspolitische Zielsetzungen entwickelt haben und wie diese miteinander verflochten waren“. Und: „Welchen Beitrag er zur Formierung und zur programmatischen Ausrichtung des großbürgerlichen Liberalismus in der vormärzlichen Rheinprovinz leistete.“ (S.8)

Als Untersuchungszeitraum wählt er die für Beckerath politisch hoch aktive Phase zwischen 1840 und 1848, fügt aber Rück- und Ausblicke ein, sobald ihm diese zur Deutung hilfreich erscheinen.

So beschreibt er im ersten Kapitel „Jugendzeit“ ausführlich Beckeraths Herkunft und Aufwachsen in Krefeld, geprägt durch das häusliche Seidengewerbe und die Mennonitengemeinde. Denn seine Vorfahren waren Ende des 17. Jahrhunderts als mennonitische Glaubensflüchtlinge aus dem Herzogtum Jülich ins oranische Krefeld gezogen, wo religiöse Toleranz und Bürgerrechte garantiert waren. Durch das beispielhafte Vorleben seiner Mutter war er philanthropisch orientiert, dank des väterlichen Einflusses wurde er zum preußischen Patriot und Schiller-Verehrer. Die französische Herrschaft machte die Idee des allgemeinen Staatsbürgertums populär und die Befreiungskriege wirkten nachhaltig politisierend. Diese Eindrücke regten ihn zu einem autodidaktischen Bildungsprogramm an.

Im zweiten Kapitel „Sozialer Aufstieg und bürgerliche Lebenswelt in Krefeld“ wird Beckeraths Berufsweg geschildert: 1815 – mit 14 Jahren – begann er eine kaufmännische Lehre in dem Krefelder Handels- und Bankhaus Nikolaus & Jakob Molenaar, wo er auch wohnte und so Zutritt zur bürgerlichen Geselligkeit erhielt. Insbesondere das „Kränzchen“, wo patriotische Gedichte sowie die Jahnsche Turnbewegung geschätzt, wo 1826 ein Philhellenen-Verein gegründet wurde, prägte sein Gesellschaftsbild. 23 Jahre blieb er bei Molenaar in wechselnden Funktionen tätig – seit 1832 als Teilhaber – und legte so das Fundament für seinen weiteren beruflichen und politischen Weg. Auch sein mennonitischer Glaube wurde nach regen Debatten in der Gemeinde künftig von der Vernunft gesteuert, weil er die Gedanken der Aufklärung verinnerlicht hatte.

Hettinger formuliert bereits hier die These, „wie sehr Beckeraths politische Orientierung von seinen ökonomischen Erfahrungen und Zielen geprägt wurde.“ (S. 9) Folglich behandelt er im dritten Kapitel eingehend dessen „Unternehmerische Tätigkeit und regionalwirtschaftliche Ziele“ nach der Gründung seines Bankhauses Beckerath & Heilmann 1838, abgesichert mit dem Kommanditisten Konrad Wilhelm von der Leyen, einem einflussreichen Geschäftsmann aus der Krefelder Seidenindustrie. Neben Industrie- und Bankgründungen in der Region kommt vor allem Beckeraths Beteiligung am Ausbau des linksrheinischen Eisenbahnnetzes große Bedeutung zu.

Im vierten Kapitel über „Kommunales Wirken – liberale Honoratiorenpolitik und soziale Krise“ wird deutlich, dass Beckerath in der Lokalpolitik bereits zu den wenigen tonangebenden Bürgern zählte, dem Selbstverwaltungsorganen wie die Handelskammer und das Gewerbegericht, auch die Mitwirkung im Gemeinderat unverzichtbar erschienen. Daneben versuchte er auch die sozialen Probleme in der Stadt zu mildern. Sein daraus resultierendes ökonomisches Modernisierungskonzept und seine verfassungspolitischen Reformforderungen werden im fünften Kapitel ausführlich dargelegt.

Die Kapitel sechs bis acht verzeichnen chronologisch Beckeraths Aktivitäten in den Rheinischen Provinziallandtagen von 1843 und 1845 sowie im ersten Vereinigten Landtag Preußens von 1847. Dort entwickelte er einen Redestil voller idealistischem Pathos mit pastoralen Untertönen, obwohl er sonst eher humorlos und gemessen auftrat, immer strebsam und manchmal selbstgerecht. Die Debatte über die Gleichstellung der Juden machte ihn 1843 weithin populär, ebenso seine Antwort auf den Landtagsabschied des preußischen Königs. Diese Kapitel veranschaulichen auch seine wachsende Mitwirkung innerhalb der Oppositionsbewegung unter Führung von Hansemann und Camphausen, in Abstimmung mit Mevissen – mit dem ihn bald eine „Geistesverwandtschaft“ verband. Der strategische Pragmatismus dieser rheinischen Liberalen, die den preußischen Staat zuerst verfassungs- und danach wirtschafts- und sozialpolitischen neu ordnen wollten entsprach seinem preußisch-nationalen Gesellschaftsbild.

Das neunte Kapitel, „Ausblick und Schlusswort“ genannt, erweitert den Untersuchungszeitraum wie im Zeitraffer über die Revolutionsjahre 1848/49 mit ihren parlamentarischen Mühen hinaus, skizziert die Phase der politischen Reaktion und die Neue Ära mit ihren vermeintlichen Optionen bis hin zum Heeresreformkonflikt.

Aus Sicht der rheinischen Liberalen störten die revolutionären Ereignisse ihr Projekt einer geordneten politischen Modernisierung Preußens, beunruhigten wegen der historischen Erfahrungen mit den revolutionären Ausschreitungen in Frankreich und entsprachen nicht ihrem vernunftorientierten Handeln. Beckerath versuchte allem gerecht zu werden: der bisherigen liberalen Strategie einer Vereinbarungs politik in Preußen und dem Traum von der nationalen Einheit in Frankfurt am Main. Sein Ziel: ein kon-

stitutioneller deutscher Bundesstaat unter preußischer Führung (S. 271). Dieser aufreibenden Vermittlerfunktion war er taktisch nicht gewachsen, weil in entscheidenden Verhandlungen sein preußischer Patriotismus obsiegte und ihn allzu weitgehende Zugeständnisse anbieten ließ. Trotz dieser erschütternden Erfahrungen mit dem preußischen König Friedrich Wilhelm IV. ließ er sich weiterhin auf jede vermeintliche Chance ein: auf die 1848 oktroyierte und 1850 revidierte Verfassung, ebenso auf das Unionsverfassungsmodell mit Österreich. Erst 1853 zog er sich erschöpft aus dem preußischen Abgeordnetenhaus zurück, blieb aber mit den politischen Freunden verbunden. Ab 1856 agierte er wieder im Krefelder Gemeinderat, wo er mit seinem „Klüngelklub“ alle Fäden in der Hand hielt. 1859 kehrte er noch einmal in das preußische Abgeordnetenhaus zurück und 1861 gelang es ihm, seinem Freund Heinrich von Sybel dieses Mandat zu sichern – wenn auch mit Mühe.

Der preußisch-französische Freihandelsvertrag veranlasste ihn 1862 als Delegierter der Krefelder Handelskammer am Deutschen Handelstag in München teilzunehmen, weil es ernste Konflikte über die handelspolitische Orientierung des Zollvereins gab. Gegenüber standen sich Schutzzöllner und Freihändler – Großdeutsche und Kleindeutsche; aber auch David Hansemann und Hermann von Beckerath, „dessen handelspolitische Position sich im Laufe der 50er Jahre grundlegend gewandelt hatte.“ (S. 279) Es kam zu dramatischen Wortgefechten zwischen beiden, am Ende siegte Beckerath und beerbte Hansemann sogar als Vorsitzender.

Durch diesen Erfolg ermutigt vertrat er im November 1862 bei einem Empfang in Berlin König Wilhelm I. gegenüber nachdrücklich seine Meinung zur Heeresreform und veranlasste danach eine passende Protestadresse der rheinisch-westfälischen Unternehmer. Erneut erkannte er nicht, dass diese Reform inzwischen von einer Rechts- zu einer Machtfrage geworden war. Sein inzwischen altliberaler Rechtsstandpunkt entsprach nicht mehr den Spielregeln der „modernen“ Realpolitik, seine konfliktscheue Preußenliebe nicht mehr den machtpolitischen Ansprüchen der jüngeren Liberalen – selbst in Krefeld regte sich vermehrt Widerstand gegen seine privatisierte Klüngelpolitik. Beckerath zog sich nach und nach aus dem öffentlichen Leben zurück, lebte überwiegend in seiner Villa in Godesberg, um literarische und philosophische Schriften zu studieren und starb am 12. Mai 1870 an einer Lungenentzündung.

Hettinger will in diesem Schlusskapitel Brüche und Kontinuitäten im Denken und Handeln Beckeraths aufzeigen, und das gelingt ihm auf spannende Weise, weil er sich von den Details seiner Quellen lösen muss. Der gut lesbare Text dieser anschaulichen Studie wird durch umfangreiche wissenschaftliche Anmerkungen (S. 285-350) und den bei Dissertationen üblichen Anhängen (Abkürzungs-, Quellen- u. Literaturverzeichnisse, Personenregister) vorbildlich ergänzt. Für diesen Beitrag zur Geschichte des Rheinischen Liberalismus gebührt allen daran Beteiligten ein besonderer Dank.

Hamburg

Beate-Carola Padtberg

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Sebastian Haas: Das Sprachrohr der Altliberalen. Die Preußischen Jahrbücher während der Neuen Ära in Preußen (1858–1862)

München: AVM, 2009, 170 S. ISBN: 978-3-89975-983-9

Die vorliegende Studie wurde 2008 als Magisterarbeit in Passau eingereicht und verzeichnet im Anhang alle Artikel der Preußischen Jahrbücher zwischen 1858 bis 1862 sowie „genretypisch“ ein Literaturverzeichnis mit Primärquellen, Sekundärliteratur und Nachschlagewerken. Allein das rechtfertigt schon ihre Veröffentlichung.

Ihre Gliederung folgt der bekannten historischen Chronologie und ihren Wendemarken. Das Kapitel II. über „Preußen am Ende der Reaktionszeit und die Gründung der Preußischen Jahrbücher“ enthält eine knappe Einführung in die politischen Rahmenbedingungen in Preußen samt seiner Presselandschaft und schildert die Gruppierungen der so genannten „Altliberalen“ wegen der besonderen politischen Nähe. Neben der Gründungssituation werden auch Erscheinungsform, inhaltliche Kursbestimmung und vor allem die wichtigsten Mitarbeiter der Jahrbücher in Kurzbiographien vorgestellt (S. 29–45).

Im III. Kapitel schildert Haas die politische Orientierungssuche der Jahrbücher im Jahr 1858 zwischen gefühltem Deutschtum, deutschem Nationalstaat und der europäischen Mächtepolitik auf dem Untergrund des schwierigen innenpolitischen Übergangs von der Reaktionszeit in die Neue Ära. Pflügten die Autoren der PJ anfangs in der Außenpolitik weiterhin die Nähe zu Österreich; hielten Englands politisches System für erstrebenswert, weil dort ein gelungener Kompromiss mit dem Adel vorgelebt wurde; blieben Frankreich und Russland gegenüber furchtsam – ja, feindlich gesonnen. So veränderte die populäre Wende hin zur Realpolitik allmählich diese Positionen, insbesondere durch Fakten wie den preußisch-französischen Freihandelsvertrag. Künftig standen rein preußische Interessen im Vordergrund.

Auch das Jahr 1859 brachte für Preußen und die Jahrbücher neue Orientierungsprobleme angesichts des Krieges in Italien und der stagnierenden Innen- und Bundespolitik (Kap. IV.)

Im V. Kapitel wird deutlich, welche Ereignisse die Beiträge in den Jahrbüchern von 1860 prägten: innenpolitisch die Debatte über eine Heeresreform und die daraus resultierenden liberalen Forderungen – außenpolitisch die Entwicklung in Italien, wo die Nationalstaatsbildung neue Akzente setzte. Beim Konflikt um die Heeresreform versuchten die PJ eine vermittelnde Position einzunehmen, ähnlich wie die altliberalen Politiker im Abgeordnetenhaus.

Die daraus resultierenden Gründe, Stimmungen und Interessen für das plötzliche Ende dieser Neuen Ära werden im VI. Kapitel aufgelistet samt ihrer Spiegelung in den Beiträgen der Jahrbücher. Hier wurde wachsende Kritik an den altliberalen Ministern der Neuen Ära laut, denen überwiegend mangelnde Durchsetzungskraft vorgeworfen wurde.

Im VII. Kapitel skizziert der Verfasser dann die innenpolitische Phase unmittelbar nach der Neuen Ära, also den Übergang vom Ministerium Hohenlohe bis zum Regierungsantritt Otto von Bismarcks.

Das Fazit (Kap. VIII.) fällt mit dreieinhalb Seiten zwar knapp, aber angesichts des Textumfangs insgesamt angemessen aus. Allerdings bietet Haas hier keine weiterführenden Bewertungen sondern fasst seine bisherigen Ergebnisse nur knapp zusammen. Stattdessen regt er weitere Untersuchungen auf der Quellenbasis der PJ an, wie:

- das Aufgehen der Altliberalen in der National-liberalen Partei
- die Unterstützung von Bismarcks Kurs der nationalen Einigung
- die Reichsgründung unter preußischer Führung
- die Kultur- und Literaturgeschichtsschreibung in dieser Zeit.

Was von Rudolf Haym 1857 als Parteiorgan der „National-Liberalen“ konzipiert worden war, entwickelte sich dank der eher idealistisch denkenden und umfassend gebildeten Autoren zu einer Plattform für die preußische Bildungselite. So entstand das Idealbild eines sittlichen Staates, der auf vier Prinzipien basierte: den Menschen- und Bürgerrechten, einem parlamentarischen System, einer verantwortungsbewussten politischen Führung sowie politisch erzogenen Bürgern, um Formen der Selbstverwaltung mitgestalten zu können.

Als Hauptgegner benannten die Autoren dabei die staatliche Bürokratie, die alle Reformen verhindere. Wobei sie selber ebenfalls an der Monarchie festhalten wollten, eine Revolution und daraus folgend eine Demokratie strikt ablehnten.

Dieses Bändchen füllt eine Forschungslücke und ist daher fraglos eine nützliche Handreichung sowohl für interessierte Laien als auch für Wissenschaftler.

Hamburg

Beate-Carola Padtberg

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Peter Gillies/Daniel Koerfer/Udo Wengst: Ludwig Erhard

Berlin: be.bra wissenschaft 2012, 288 S., 59 Abb., ISBN: 978-3-937233-65-9

Mit Denkmälern in Form von Büsten auf der „Straße der Erinnerung“ in Berlin-Tiergarten würdigt die 1994 gegründete Ernst Freiberger Stiftung einige, ihrer Meinung nach herausragende Persönlichkeiten der Zeitgeschichte: Edith Stein, Georg Elser, Konrad Haushofer, Konrad Zuse, Walter Rathenau, Thomas Mann sowie 2010 Ludwig Erhard. Jeder der geehrten Persönlichkeiten widmet die Stiftung zusätzlich eine wissenschaftliche Dokumentation.

Die hier zu besprechende Publikation ragt in ihrem äußeren Erscheinungsbild aus der Fülle von Veröffentlichungen heraus. DIN A 4 Format, fester Einband, hochwertiges Papier und ein großzügiger Satzspiegel ergeben das Bild einer hochwertig ausgestatteten Publikation. Die breiten Ränder werden sowohl für Anmerkungen als auch für einen Teil der Abbildungen genutzt.

Der Band umfasst neben einer kurzen Einleitung des Herausgebers drei Beiträge von zwei Historikern (Daniel Koerfer: Ludwig Erhard – der vergessene Gründervater, Udo Wengst: Ludwig Erhard im Fokus der Zeitgeschichtsforschung) und einem Journalisten (Peter Gillies: Ludwig Erhard. Ökonom der Freiheit). Es folgen noch ein Dokumentenanhang von über 100 Seiten (!) mit Texten von Ludwig Erhard sowie eine Zeittafel.

Daniel Koerfer beschreibt den Lebensweg von Ludwig Erhard auf 55 Seiten, ergänzt durch 8 Fotografien zu „Nachkriegszeit und Schwarzmarkt“. Dem Aufbau des Werkes und dem Titel gemäß legt der Autor seine Schwerpunkte sowohl auf die Jahre vor 1945 als auch auf die Zeit als Wirtschaftsminister. Koerfer arbeitet klar heraus, dass Erhard es geschickt verstand, eine zu große Nähe zu den nationalsozialistischen Machthabern zu vermeiden. Er gehörte zu den wenigen Deutschen, „die sich bereits ernsthafte Gedanken über die wirtschaftliche Entwicklung nach dem Krieg machten“ (S. 23). Der von Erhard wiederholt gemachte Äußerung, er sei als Politiker von den amerikanischen Stellen entdeckt worden, kann der Autor nur begrenzt zustimmen. Erhard bemühte sich intensiv um entsprechende Kontakte, um sowohl seine wirtschaftspolitischen Konzeptionen vorzustellen als auch durch entsprechende Aufträge den Lebensunterhalt seiner Familie zu sichern.

Weiterhin weist Koerfer zu Recht darauf hin, dass Ludwig Erhard entgegen der landläufigen Meinung an der Währungsreform keinen Einfluss gehabt hat (S. 26). Seine weitere Karriere sei erneut durch Zufall und persönliche Kontakte ermöglicht worden.

Zu der immer noch nicht ganz geklärten Frage der Parteimitgliedschaft von Erhard vermerkt der Autor zunächst nur kurz, dass „Erhard überhaupt nicht Mitglied der Union war“ und „er dies auch zeitlebens nicht formal zu werden beabsichtigte“ (S. 27). Etwas später geht er darauf genauer ein: „Dass Erhard sich damals auf seine lockere, den förmlichen Parteibeitritt vermeidende Art der Union anschloss, hing zum einen damit zusammen, dass ihm Freunde von der FDP wie Thomas Dehler oder Reinhold Maier geraten hatten, sich nicht den liberalen, sondern den stärkeren christdemokratischen Bataillonen zuzuwenden und zum anderen wohl auch darin, dass Adenauer ihn während der überaus kritischen Mo-

nate im Herbst 1948 nicht hatte fallen lassen, nicht von Ihm abgerückt war." (S. 34). Gerade im ersten Teil eine hochinteressante These; leider nennt der Autor seine Quellen nicht. Auf S. 60 äußert sich der Autor zum dritten Mal zu diesem Thema: „Förmliches Mitglied der Union wurde er [...] nie: die Unterlagen, die seine Mitgliedschaft seit 1963, dem Beginn seiner Kanzlerschaft, belegen sollen, sind gefälscht.“ Wieder verzichtet der Autor auf die Angabe von Quellen.

Im weiteren Verlauf des Beitrages räumt Koerfer zu Recht dem kritischen Verhältnis zwischen Erhard und Adenauer breiten Raum ein. Über dieses Thema hatte er schon 1987 eine Monographie vorgelegt. Über Erhards Kanzlerschaft bilanziert der Autor, dass ihr „jeder Glanz“ fehlte, sie wirkte „mit ihrer Befristung auf drei knappe Jahre unvollkommen, unvollendet, episodenhaft.“ (S. 56).

Zum Schluss seines Aufsatzes bedauert Koerfer wortreich, dass seit der Kanzlerschaft von Erhard ökonomischer Sachverstand in Bevölkerung und Regierung immer weiter verschwunden seien. Als Gegenargumente seien vom Rezensenten zum Beispiel die Volkswirte Helmut Schmidt und Professor Karl Schiller genannt.

Der Titel des Beitrages von Udo Wengst „Ludwig Erhard im Fokus der Zeitgeschichtsschreibung“ ist nicht gut gewählt, da sich der Autor nur zu Beginn der 60 Seiten mit der Literatur zu Erhard auseinandersetzt: Er lobt Laitenberg, Mierzejewski, Koerfel und Hans-Peter Schwarz, während er die Wertungen von Volker Hentschel, der Erhard als „naiven Ökonomen“ mit einer „armseligen“ Wirtschaftspolitik bezeichnet, schroff ablehnt. (S. 76). Wengst zeichnet wie Koerfer die Karriere von Erhard nach, setzt jedoch erst nach 1945 ein und bettet sie stärker als Koerfer in das allgemeinpolitische Geschehen ein. Auch dieser Autor stellt fest, dass Erhard nie Mitglied der CDU war „Hinweise darauf, dass er ihr 1963 beigetreten sei, können nicht belegt werden“ (S. 75). Nennenswert, besonders für die Liberalismusforschung, sind die Ausführungen zur Kandidatur für den Bundestag im Wahlkreis Ulm/Heidenheim 1949. Wengst skizziert den Gegensatz zwischen CDU und DVP und Erhards Bemühungen, durch Vereinbarungen mit dem FDP-Vorsitzenden Theodor Heuss und dessen Stellvertreter Franz Blücher für einen fairen Wahlkampf zwischen den beiden Parteien zu sorgen. Erhard war daher „bestrebt, bei Wahlkampfveranstaltungen nicht als Parteiredner aufzutreten, sondern als Vertreter der Frankfurter marktwirtschaftlichen Politik“ (S. 85). Außerdem habe er durch seine Auftritte in Bayern geholfen, die Bindungen zwischen CDU und CSU zu festigen. Das Ende des Beitrages bilden wiederum 8 Fotos unter dem Titel „Das deutsche Wirtschaftswunder“.

Unter dem etwas plakativen Titel „Ludwig Erhard – Ökonom der Freiheit“ setzt sich der Journalist Peter Gillies etwas unter dem Motto „Ludwig Erhard ist Geschichte – und er hat Geschichte geprägt“ (S. 124) mit dem Thema in dem kürzesten Beitrag des Bandes auf etwas mehr als 30 Seiten auseinander. Einen der Schwerpunkte legt der Autor auf den „lebenslangen Dauerkonflikt“ mit „Systemkritikern“, mit dem „menschenverachtenden Gegenentwurf“, der Planwirtschaft (S. 127). Weiterhin setzte sich Gillies mit Erhards außenpolitischen Vorstellungen und deren Umsetzung auseinander, insbesondere zu dem Verhältnis zu Frankreich und den USA als auch zur Europapolitik allgemein. Abschließend stellt der Autor fest, dass Erhard „ein Hauch von Tragik“ umgab. Seine „Vision eine freiheitlichen Zivilgesellschaft“ mache „sein Erbe für die Nachgeborenen so aktuell und beherzigenswert“ (S. 153). Die abschließenden 8 Abbildungen tragen einfach den Titel „Ludwig Erhard“ und enthalten Abbildungen, auf denen er allein oder in einer Gruppe zu sehen ist.

Die zunehmende Kürze, mit denen der Rezensent die drei Beiträge vorstellt, hat seinen Grund nicht in den verschiedenen Umfängen der Aufsätze, sondern in den zahllosen und sehr störenden Redundanzen. Der Rezensent vermerkt zudem neben einer sehr wohlwollenden Einstellung aller drei Autoren zu

Ludwig Erhard das Fehlen eines aussagekräftigen Anmerkungsapparats. Gerade zu weniger bekannten oder umstrittenen Sachverhalten verschweigen die Autoren ihre Quellen.

Zuletzt sei die zentrale Frage gestellt: Wozu eine neue Publikation zu einer Person, der seit 1996 mindestens fünf Monografien gewidmet wurden? Grundsätzlich Neues ist nicht enthalten.

Radebeul

Lutz Sartor

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Hans Fenske: Freiherr vom Stein. Reformen und Moralisten

Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2012, 128 S., 8 Abb., ISBN: 978-3-534-25162-9.

Seine Leistung als Historiker für Historiker ist groß, seine Verdienste als preußischer Reformen nicht minder bedeutend. Beides sicherte ihm einen Platz in den Geschichtsbüchern und führt bis heute zu einer intensiven Auseinandersetzung mit seinem Leben und Werk. Hans Fenske, seines Zeichens unter anderem Herausgeber zahlreicher Quellenbände der Freiherr-vom-Stein-Gedächtnisausgabe zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, hat in seinem 128-seitigen biografischen Essay den großen „Reformen und Moralisten“, den Historiker und den Liberalen Karl Reichsfreiherr vom und zum Stein (1757–1831) prägnant analysiert und ein positives Bild der sehr eigenen Persönlichkeit Steins gezeichnet.

Die Kurzbiografie behandelt die Herkunft Steins aus einem nassauischen Adelsgeschlecht, die Erziehung Steins, seine Ausbildung. Schon früh zeigte sich sein wacher Geist, aber auch sein Eigensinn. Die Ideen des Frühliberalismus, denen er sich schon während des Studiums verbunden fühlte, begleiteten ihn sein Leben lang und bildeten die Grundlage für seine späteren Denkschriften, seine Vorstellungen von „Freiheit und Einheit“.

Fenske beschreibt diese ersten Jahre sehr anschaulich und leserfreundlich, verliert sich jedoch in den ersten Teilen, die sich der Herkunft, dem Studium, den ersten Jahren im preußischen Dienst und der Heirat/Familie widmen, manchmal in Vermutungen, die das Lesevergnügen leicht trüben, dabei für den Erkenntnisgewinn nicht notwendig sind. So schreibt er über die Familiengründung Steins: „Wir dürfen vermuten, dass Stein, stolz auf sein altes Geschlecht, gern auch einen Sohn gehabt hätte“. (S. 21)

Die folgenden Teile zeichnen dann sehr präzise den beruflichen (Leiter aller Zivilangelegenheiten Preußens, Berater Alexander des I., Teilnahme am Wiener Kongress etc.) und publizistischen (Denkschriften, Korrespondenzen) Weg nach. Steins Rückzug ins Privatleben ging einher mit intensiver historischer Forschung, der Begründung der Monumenta Germaniae Historica (MGH), die die Genese der Geschichtswissenschaft seither entscheidend geprägt hat und noch heute Historikern für ihre Arbeit unabdinglich ist.

Dass der Essay nach der großen Biografie von Heinz Duchhardt¹ keine neuen Forschungsergebnisse präsentiert, ist bei der Kürze und Ambition der Darstellung verständlich. Fenske bietet einen sehr gut lesbaren, anspruchsvollen und fesselnden Einblick in das rege Leben des Freiherrn vom Stein. Lesenswert vor allem durch die pointierte Darstellung und den Blick in die Geschichte der Zeit. Ein kleines Manko: Neben der beruflichen/politischen Leistung und Würdigung kommt der Mensch Stein, außer im ersten Teil, etwas zu kurz. Das innige Verhältnis zu seiner Familie wird dort gut beschrieben. Bei dem gespaltenen Verhältnis Steins etwa zu Wilhelm dem III., zu Hardenberg oder Metternich wird dies

¹ Duchhardt, Heinz: Stein. Eine Biographie, Münster 2007.

vermisst. Gerade für die Beurteilung des Verhältnisses zu seinen Zeitgenossen wäre ein intensiver Einblick in seine Persönlichkeit und seinen Charakter auch in den letzten Kapiteln wünschenswert gewesen. Doch dies ist sicherlich auch der Kürze der Darstellung geschuldet. Lesenswert ist die Kurzbiografie trotz dieser kleinen Anmerkungen allemal.

Aachen

Ines Soldwisch

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Ernst Wolfgang Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme

Stuttgart, W. Kohlhammer Verlag 2011. (= Mensch – Zeit – Geschichte), 184 S., ISBN 978-3-17-021490-3.

Na endlich, möchte man ausrufen angesichts des schmalen, aber gewichtigen Bandes in der neuen Reihe „Mensch – Zeit – Geschichte“ – endlich ist sie da, die seit langem ersehnte Heuss-Biographie. Nach der Lektüre bleibt ein zwiespältiger Eindruck: Einer sorgfältig verarbeiteten großen Fülle belegter Fakten aus einem reichen Leben und einer kurzen abschließenden Wertung mit nachdenklichen Urteilen einerseits, jedoch andererseits mancher problematischen Deutung und zudem der Frage, für welches Publikum Ernst Wolfgang Becker wohl schrieb? Doch zunächst das Positive.

Becker ist als stellvertretender Geschäftsführer der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und wissenschaftlicher Leiter der von der Stiftung betreuten neuen Stuttgarter Edition aller Heuss-Werke einschließlich der Briefe wahrlich ausgewiesen. Ihm steht die ganze Fülle der durch die Stiftung betreuten Materialien zur Verfügung, und er macht davon guten Gebrauch. In sieben Kapiteln, welche den jeweiligen Abschnitten der bewegten Biographie von Theodor Heuss folgen, zeichnet er ein durchaus lebendiges, dabei immer wieder auch distanzierendes Bild des ersten Bundespräsidenten, der das von ihm als Erstem ausgeübte Amt in zehn Jahren geprägt hat wie keiner nach ihm. Besonders verdienstlich scheint mir, dass und wie Becker in den ersten vier Kapiteln, also dem Hauptteil der mit etlichen Bildern und Heuss-Zitaten gut ausgestatteten Biographie, den Heuss'schen Lebenslauf von der Kindheit in Brackenheim und Heilbronn weit vor dem ersten Weltkrieg bis zum Wiederbeginn der Demokratie ab 1945 zeichnet. Da gibt es Antwort auf manche Fragen. Zum Beispiel: Wie wird einer, aus kleinbürgerlichen Verhältnissen kommend, ein Bildungsbürger, der von gleich auf gleich mit den Großen damaliger Literatur und Kunst – kaum der Musik – verkehrt? Noch deutlicher: Wie wird aus einem Randsiedler der Münchener Boheme, der nahe den dortigen Anarchisten lebt, ein Reichstagsabgeordneter, der gegen „Schund und Schmutz“ in der Literatur wettet und sich darüber für Jahre mit seinen literarischen Freunden verzankt?

Das und noch viel mehr schildert Becker überaus sachlich, stets auf die Quellen und hier vor allem auf die unzähligen von Heuss geschriebenen Briefe zurück greifend, und mit spürbarer Sympathie für seinen Helden, den er doch keineswegs zum Helden stilisiert. Im Gegenteil: Mit deutlicher Kritik bedenkt Becker die Haltung von Heuss in den letzten Jahren der Weimarer Republik, als dieser den autoritären Vorstellungen vom „Führerstaat“ ziemlich nahe kam. In gleicher Weise konstatiert Becker in seiner abschließenden Wertung sehr nüchtern, dass und warum der Bildungsbürger, der „Papa Heuss“, uns Heutigen doch recht ferne gerückt sei. An diesem Punkt sind freilich Zweifel erlaubt: Haben nicht Idee und Praxis des Bildungsbürgertums in über sechzig Jahren Bundesrepublik geradezu eine glorreiche Wiederauferstehung erlebt? Die alte Formel, wonach „Besitz und Bildung“ den Bürger ausmache, mag so nicht mehr stimmen. Dass wir aber, allen Anfechtungen während der sechziger und siebziger Jahre zum Trotz, in einer zutiefst bürgerlichen Republik leben, in welcher Bildung mindestens so viel wie der

materielle Besitz gilt, sollte doch unstrittig sein. Da bleibt Theodor Heuss eine Leitfigur auch für heute und morgen.

Beckers kritische Einschätzung dessen, was man als das politische Erbe von Theodor Heuss bezeichnen könnte, führt ihn noch auf weitere Abwege. Zwei Beispiele, hier das erste: Die nun wahrlich seit langem ausdiskutierte Frage, warum Heuss anno 1933 dem Ermächtigungsgesetz zustimmte, das Hitlers Diktatur rechtlich begründete, stellt Becker in einem Prolog geradezu in den Mittelpunkt der Erinnerung an den späteren Bundespräsidenten. Der damals sichtbar gewordene Widerspruch zwischen demokratischem Bekenntnis und Zustimmung zum Beginn totalitärer Herrschaft – die Heuss wie so viele Zeitgenossen erst sehr spät als solche erkannte – gerät so fast zum Mittelpunkt der politischen Biographie. Das ist ungerecht und widerspricht im Übrigen der Grundthese Beckers, dass Heuss im Lauf seines langen Lebens geradezu unverrückbar an seinen bildungsbürgerlichen Grundsätzen und dem Bekenntnis zur Demokratie festgehalten habe.

Zweites Beispiel: Der richtigen Feststellung, wie sehr der junge Heuss durch die Ideen Friedrich Naumanns geprägt wurde, lässt Becker die durchaus bestreitbare These folgen, Heuss habe darum mit dem Liberalismus nicht oder nur teilweise überein gestimmt. Wenn als „Liberalismus“ nur verstanden wird, was heutzutage als Wirtschaftsliberalismus gilt, dann mag sogar etwas daran sein. Aber der deutsche Linksliberalismus, dem der späte Naumann und ihm folgend Heuss sich zurechneten, war stets mehr als wirtschaftliches Laissez-faire, sondern zielte auf bewusste Gestaltung zumal der sozialen Welt. Im Übrigen: Dass Heuss seit seiner Wahl zum Bundespräsidenten und auch nach seinem Abgang von der politischen Bühne öffentliche Distanz zur FDP hielt, hatte nichts mit einer Abkehr vom Liberalismus zu tun, sondern war seinem rigorosen Amtsverständnis geschuldet – das Becker eindrucksvoll darstellt.

Alles in allem: ein Buch, das zu lesen sich, trotz mancher Einwände, lohnt und das zumal in den Schul- und Universitätsbibliotheken nicht fehlen sollte. Es ist, um die eingangs gestellte Frage zu beantworten, offenbar für deren junge und alte Klientel geschrieben, nicht für die Fachgenossen, und kann so auch dazu beitragen, dass die Erinnerung an den ersten Bundespräsidenten und einen großen Liberalen wieder stärker belebt wird, besonders in dem neuen Bildungsbürgertum. Die große, maßstabsetzende Heuss-Biographie bleibt indes weiterhin ein Desiderat. Ob Joachim Radkau, wie jüngst Patrick Bahners in der FAZ ankündigte, dafür der richtige Autor ist? ,

Es mag jemandem, der das heute schon selten gewordene Privileg hatte, auf seinem Lebensweg mehrfach Theodor Heuss zu begegnen, gestattet sein, ein persönliches Nachwort der Rezension hinzuzufügen. Mich hat bei diesen Begegnungen und bei der Lektüre etlicher seiner großen Biographien stets am meisten bewegt, wie Theodor Heuss den NS-Jahren standgehalten hat, am schönsten sichtbar in seiner Naumann-Biographie, mit welcher er seinen Lehrmeister und Freund so fern wie nur denkbar von der NS-Ideologie positionierte, und dies in einem Buch, das 1937 erschien, vielmehr nur dank einiger an Schaltstellen des Regimes tätigen Freunde, unter ihnen Werner Stephan, erscheinen konnte. Er konnte belegen, was er damals schrieb. Und auch darum brauchte Heuss in den nach 1945 erschienenen Neuauflagen des Naumann-Buchs nichts zu ändern. Das mögen diejenigen sich gesagt sein lassen, die neuerdings versuchen, Friedrich Naumann, den zum Liberalen mutierten Sozialreformer, als einen Ahnherrn der „Hitlerei“ (O-Ton Heuss) zu denunzieren.

Bonn-Bad Godesberg

Barthold C. Witte

Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2012

Andreas Arndt / Kurt-Victor Selge (Hrsg.): Schleiermacher – Denker für die Zukunft des Christentums?

Berlin / New York: Walter de Gruyter 2011, 132 S., ISBN 978-3-11-175367-6

Der schlanke Band präsentiert Beiträge eines Symposions, das im Mai 2009 von der Schleiermacherforschungsstelle der Berlin-Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften zu Ehren des früheren Forschungsstellenleiters Kurt-Victor Selge veranstaltet worden ist. Bedenkt man diesen Anlaß, so mußt die Frageform, in der das Titelthema erscheint, doch recht merkwürdig an. Denn daß gerade einige der heute als Editoren wie als Interpreten alleraktivsten Schleiermacher-Forscher ernsthaft an dem zukunftsweisenden Potential seiner Christentumstheorie zweifeln könnten, wird man nicht unterstellen wollen. Und in der Tat vermitteln die Beiträge ein eindeutiges Bild: Bei aller historischen Eingebundenheit der Schleiermacherschen Theorie ist doch die hier entwickelte Konstellation von Religion und Bildung, von Christentum und Kultur, von religiöser Subjektivität und frommer Gemeinschaft nach wie vor der wichtigste Wegweiser für eine Theologie und Religionstheorie, der es um die weiterführende Beschreibung und Neubestimmung christlicher Identität unter den sich mehr und mehr geltend machenden plurireligiösen Bedingungen der Gegenwart geht.

Insofern ist zum Beispiel das große Interesse, das Schleiermachers Bildungsideal in Hermeneutik und Pädagogik entgegengebracht wird, durchaus auch für die Theologie von Bedeutung, eröffnet es doch Verbindungen zu solchen Disziplinen, über die die unausweichliche Öffnung des theologischen „Diskurses“ insgesamt erfolgen kann. Dieser Transformationsprozeß orientiert sich an einem kulturwissenschaftlichen Paradigma, von dem man in der Theologie lange nichts wissen wollte, und zwar, im Falle der Evangelischen Theologie, genau so lange, wie Schleiermacher als stigmatisierter Antipode zum großen Barth-, Barmen- und Bonhoeffer-Komplex marginalisiert wurde. Seitdem aber die liberalprotestantische Strömung des 19. Jahrhunderts mit ihren auf Schleiermacher folgenden Hauptrepräsentanten Richard Rothe, Ernst Troeltsch und Adolf Harnack erneut an Boden gewonnen hat, also seit den 1980er Jahren, ändert sich die Situation. Hierfür ist die Kritische Gesamtausgabe von Schleiermachers sämtlichen Werken und Briefen (letztere werden von der Berliner Forschungsstelle ediert) Indiz und Antriebskraft zugleich.

Auf diese Zusammenhänge und Schleiermachers religions- und theologiethoretische „Errungenschaften“ ist bei der Tagung in den einleitenden Voten Wilhelm Vosskamps (des Projektleiters der Briefausgabe) und Ulrich Barths (des Präsidenten der Schleiermacher-Gesellschaft) mehrfach hingewiesen worden. Für den Band selbst spielen sie zu recht keine große Rolle. Es ist gut, wenn die Schleiermacher-Forschung ihre Arbeit tut und sich nicht in anachronistische Kämpfe um positionelle Grundsatzen begibt.

Sehr schöne Beiträge in diesem Sinne stellen die Aufsätze von Hans Peter Grosshans, Kurt-Victor Selge, Martin Ohst, Andreas Arndt und Arnulf von Scheliha dar. Besonders Grosshans („Gottesverhältnis und Freiheitsgefühl“) und Arndt („Fortschritt und Zukunft in Schleiermachers Philosophie“) thematisieren Aspekte aus Schleiermachers Konzeption, die einerseits von Kritikern schon immer als Problemzo-

nen angesehen worden sind, andererseits aber gerade den theologisch innovativen Gehalt markieren. Grosshans verbindet sein Porträt Schleiermachers als eines Denkers „zwischen Neuzeit und Moderne“ mit gewissen Vorbehalten, während Arndt herausstellt, daß für Schleiermachers philosophische Ethik „das höchste Gut“ und letzte Ziel alles menschlichen Handelns die „Zukunft“ sei und insofern ein stark individualitätsfördernder, ethisch substantieller Zug sein Denken präge. Für diesen „beinharten Fortschrittstheoretiker“ gehe es darum, „die Möglichkeit und Notwendigkeit einer durchgreifenden Humanisierung der Welt“ zu begründen. Neben diesen beiden sehr gewichtigen Texten – der Aufsatz von Grosshans wird zweifellos in den weiteren Erörterungen zu Schleiermachers Gotteslehre eine Rolle spielen –, stehen Selges „christentumsgeschichtliche Einordnung Schleiermachers“, Ohsts „Erwägungen zu seinem kirchengeschichtlichen Rang“ (unter dem Titel „Protestantisches Christentum in der nachkonfessionellen bürgerlichen Gesellschaft“) und Schelihns erneuter Aufweis von Schleiermachers politischen Qualitäten. Das sind sehr solide Arbeiten, die einen guten Eindruck vom derzeitigen Stand der Forschung geben.

Ein interessantes Schlaglicht auf die frühe Wirkungsgeschichte wirft schließlich ein weiterer Beitrag Selges, der August Neanders (1789–1850) Schleiermacher-Bild vorstellt. Neander, der als Begründer der neueren evangelischen Kirchengeschichtsschreibung gilt und seit 1813 Fakultätskollege seines früheren Lehrers war, hat ihn als den „neuen Origenes“ für die Zeit nach der Aufklärung bezeichnet, und bedenkt man das prekäre Bild genauer, wird man diesen Vergleich nach wie vor durchaus treffend finden können. Ein bereits früher veröffentlichter Bericht Simon Gerbers über das Symposium ist ebenfalls beigegeben.

Berlin

Matthias Wolfes